

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

291 (15.12.1931)

# Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE KARLSRUHE 50. JAHRGANG

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Sechsbauernanzeigen und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die Restanten-Millimeterzeile 10 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Mitwirkung des Verlegers, bei gerichtlicher Betreibung und bei Kontour außer Kraft tritt. Erklärungen und Geschäftsbedingungen in Karlsruhe L. 2. o. S. 10. Sonstige Anzeigen-Entscheidungen 12 Uhr vormittags.

Unter wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Jugend. Preis monatlich 1,70 Mark, jährlich 44 Pf. Belegloste o. ohne Inzahlung 1,80 Mark o. durch die Post 2,30 Mark o. Einzeltarife 10 Pfennig. o. Einzelheft 5 Pfennig. wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Telegrafisch-Mitteilungen: Durchsch. Fernspr. o. D.-Dobler, Jagdstraße, 12; Karlsruh. Telegr. o. Badischer, Republik. 9.

## Hitler darf nicht regieren

Das Werk der Arbeiterklasse zweier Generationen muß gegen die faschistischen Preisfechter des Kapitalismus im Hakenkreuzkostüm geschützt werden / Kein Sozialdemokrat trägt die Verantwortung für die Politik der heutigen bürgerlichen Regierung / Eine faschistische Naziregierung würde jedoch der Arbeiterschaft noch viel schlimmere und furchtbarere Wunden schlagen

### Die sozialdemokr. Reichstagsfraktion für die Politik des kleineren Übels

Berlin, 14. Dez. (Eig. Drahtf.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich am Montag in einer mehrstündigen Sitzung mit der durch den Erlaß der neuen Notverordnung geschaffenen politischen Lage beschäftigt. Die Fraktion stimmte folgender Entscheidung zu: Die Notverordnung vom 8. Dezember ist von einer Regierung erlassen, der kein Sozialdemokrat an der Seite steht. Die Einträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen die Entlassung der Löhne, Gehälter und Sozialrenten sind im Reichstag nicht durchzuführen. In ihrem Bestreben, die schlimmen Bestimmungen der Notverordnung durch erträglichere zu ersetzen, findet die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei den Parteien der verantwortungslosen Opposition keine Unterstützung. Sie ist nicht in der Lage, mit ihnen eine Regierung bilden zu können, die die Notverordnung vom 8. Dezember durch eine bessere ersetzt. Denn es geht ihnen Parteien nicht um den Schutz der Interessen der arbeitenden Massen, sondern um die Befreiung ihrer maßlossten Zwecke, mit dem Endziel einer Zerstückelung der politischen Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes. Ein Aufhebungsbeschluss des Reichstages kann deshalb eine praktische Wirkung nicht haben. Eine politische Krise im gegenwärtigen Augenblick würde aber nur die Verwirrung steigern, die Verbindungen mit dem Ausland ins Stocken bringen, die Wirtschaftskrise und mit ihr das Ausbleiben verschärfen. Zum Kampf gegen die Bedrohung der politischen und sozialen Grundgesetze der Arbeiterklasse müssen sich alle Kräfte der Arbeiterbewegung vereinen. Vor allem ist es notwendig, die besonderen Härten, die die Notverordnung für einige Arbeiterkategorien mit sich bringt, zu beseitigen. Durch härtesten Massenruck muß dahin gewirkt werden, eine Verbilligung der gesamten Lebenskosten zu erreichen, die zu den Lohnkürzungen den notwendigen Ausgleich schafft. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nimmt ausdrücklich Kenntnis von der Erklärung, die die Reichsregierung in der Einleitung der amtlichen Bekanntmachung über die Notverordnung abgegeben hat, in der es heißt: Die schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen bleibt selbstverständlich auch für die Zukunft erhalten. Sollten heute noch nicht übersehene Umstände eintreten, die diese wesentlichen Beziehungen zwischen Löhnen und Preisen wesentlich ändern, so wäre eine neue Lage entstanden. Gerade um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu vermeiden, wird die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehen, darauf zu achten, daß der jegliche Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tiefer gehaltenen Stand aller Preise aufrecht erhalten bleiben kann. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt ausdrücklich, daß es für sie eine neue Lage entstanden sein werde, wenn sich herausstellt, daß die Senkung der Preise mit denen der Löhne nicht Schritt hält. Sie behält sich für diesen Fall ihre weitestgehenden Entschlüsse vor. Die Notverordnung stellt einen starken Eingriff in alle Privatrechtsverhältnisse dar und bedeutet grundsätzlich die Anerkennung, daß das Privateigentum hinter dem Gemeinwohl zurücktreten muß. Sie bietet selbst den besten Beweis dafür, daß die Krise des kapitalistischen Systems mit Mitteln des Kapitalismus nicht mehr beseitigt werden kann. Aber ihre Annullierung entbehrt nicht den Forderungen einer planmäßiger zu gestaltenden Produktion, einer durchgehenden und dauernden Besserung, die nur durch eine völlige Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft, durch den Sozialismus möglich ist. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb eine Wirtschaftspolitik, die gegenwärtigen Tendenzen entgegensteht und gegen das kapitalistische Monopol die Interessen der Allgemeinheit rücksichtslos durchsetzt. Eine der Ursachen für die ungeheure Verwirrung der Weltwirtschaft besteht in der Krisenverschärfung der Staaten untereinander, und ganz besonders in dem System der deutschen Reparationszahlungen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert im Sinne der Beschlüsse der sozialistischen Ar-

beiterinternationale die Befreiung des deutschen Volkes von unerträglichen Lasten. Das Streben nach einer entscheidenden Gleicheit der deutschen Auslandsverpflichtungen wird durch das Treiben des Nationalsozialismus, des schlimmsten Feindes der deutschen Nation auf das empfindlichste geschädigt. Die Reichsregierung verliert nach innen und außen jegliche Autorität, wenn es ihr nicht gelingt, diesem Treiben einen festen Damm entgegenzusetzen. Die Arbeiterklasse aber muß alle ihre Kräfte einsetzen, um ihre Organisation durch die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Krise hindurchzuführen und den Ansturm des Faschismus zurückzuschlagen. Einigkeit und Disziplin, Wachsamkeit und unablässige Arbeit für die Stärkung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ist das Gebot der Stunde! Diese Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur 4. Notverordnung des Reichspräsidenten, so schreibt der S.W.-Dienst, ist das Ergebnis einer mehr als vierstündigen von tiefstem sachlichem Ernst getragenen Beratung. Man war in der Fraktion so gut wie einstimmig der Überzeugung, den Reichstag jetzt einzuberufen und die Aufhebung der Notverordnung zu verlangen, wohl zu einer gewissen psychologischen Entlastung innerhalb der Arbeiterbewegung führen könnte, daß aber den unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse damit nicht gedient wäre. In einer ökonomischen Situation, in der eine industrielle Reservearmee von 5 Millionen Mann auf dem Arbeitsmarkt drückt, ist der Kampf für die Aufrechterhaltung der Löhne mit gewerkschaftlichen Mitteln auf das äußerste erschwert. Dieser Druck lastet aber auch sehr

### Die Gewerkschaften bei Brüning

Wie wir erfahren, hat Reichsminister Dr. Brüning Montag abend um 6 Uhr die Vertreter der drei Gewerkschaftsorganisationen zu einer Besprechung empfangen, die sich auf die Bereinigung von außergewöhnlichen Härten bei der Durchführung der Lohnsenkung und Probleme der Preisfestung erstreckte. Der Vorwärts schreibt dazu, man wird kaum sehr sehen mit der Annahme, daß sich die Aussprache um die Erklärung der Reichsregierung gedreht hat, das Versprechen, die das enthält, daß der durch die Notverordnung fixierte Stand der Löhne und Gehälter nur bei einem entsprechend tiefer gehaltenen Stand der Preise aufrechterhalten werden soll. Man darf wohl annehmen, daß der Reichsminister die entsprechenden Zusicherungen gegeben hat.

### Schwerer Krach im Hitlerlager

Für und gegen Legalität Berlin, 15. Dez. (Funkdienst.) Der Vorwärts meldet: „Im Führerkreis der Hitlerpartei hat es einen schweren Krach gegeben. Hitler fürchtet, den Rückhalt der Schwerindustrie zu verlieren, wenn er weiter, wie Georg Straher und Goebbels und Fried, den offenen Kurs gegen die Legalität vertreten läßt. Am Donnerstag erhielt Hitler den Besuch der Herren Thyssen und auf Grund dieser Konferenz hat Hitler seine Antwort an den Reichsminister nochmals überprüft. Dagegen haben Goebbels und Straher leidenschaftlich Einspruch erhoben. Am Freitag abend fand im Hotel Kaiserhof eine Besprechung Hitlers mit den wilden Männern statt, bei der es zu einem schweren Krach gekommen sein soll. Hitler ist unmittelbar darauf nach München zurückgefahren. Er hat dem Vernehmen nach seinen politischen Vertreter Göring Bollmachten für die Erledigung des Krachs mit Georg Straher und Goebbels gegeben. Das sind die Leute, die Deutschland regieren wollen.“

### Hindenburg wieder Reichspräsidentenskandidat?

Berlin, 15. Dez. (Funkdienst.) In unterrichteten Kreisen verlautet, daß Reichspräsident von Hindenburg nicht abgelehnt ist, unter gewissen Voraussetzungen wiederum zur Reichspräsidentenschaft zu kandidieren.

stark auf den politischen Verhältnissen. Eine Mehrheit des Reichstages, die sich der Abwärtsentwicklung der Löhne und Gehälter durch praktische Maßnahmen entgegenstemmt, ist nicht vorhanden. Das Treiben jener Kräfte, die zum Chaos und Bürgerkrieg drängen, kann also ohne Druck nicht eine Erhöhung der Gehälter oder auch nur ihre Erhaltung auf dem bisherigen Stand bewirken. Es kann vielmehr nur die Millionenhaare der Arbeitslosen um weitere Millionen vermehren, Löhne und Gehälter und soziale Leistungen aber ins Bodenlose herabstürzen.

Die letzte Verantwortung für den gegenwärtigen beklagenswerten Zustand tragen also jene Räterinnen und Räter, die den unmöglichen Reichstag vom September 1930 geschaffen haben. Wer da will, daß eine starke politische Macht die arbeitenden Massen wirksam gegen die furchtbaren Folgen der Krise schützt, der muß sich mit allen Kräften dafür einsetzen, daß die politische Situation für die Arbeiter wirkenden Kräfte wieder zu stärkerer Geltung gelangen, daß Einfluß und Macht der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften gestärkt werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gibt in ihrer Entscheidung den Willen kund, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um die zu befürchtenden schädlichen Wirkungen der neuen Notverordnung für die arbeitenden Massen zu beseitigen, oder doch ganz erheblich zu mildern. Sie hält die Reichsregierung an ihrem Versprechen fest, daß sie in ihrer Erklärung zur Notverordnung gegeben hat, sie wolle den durch die Notverordnung geschaffenen Stand von Löhnen und Gehältern nur dann aufrecht erhalten, wenn es gelingt, den Stand aller Preise im entsprechenden Verhältnis tief zu halten. Es muß also jetzt die Probe auf das Exempel gemacht werden. Stellt sich heraus, daß die Rechnung der Regierung falsch ist, und daß die Senkung der Preise mit denen der Löhne und Gehälter nicht gleichen Schritt hält, dann wird die Reichsregierung gezwungen sein — wenn sie nicht ihr Versprechen brechen will — auch die Löhne und Gehälter wieder zu erhöhen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat daher auch nicht unterlassen, festzustellen, daß ihr Beschluß, von einer Einberufung des Reichstages Abstand zu nehmen, nur für den gegenwärtigen Augenblick gefaßt ist, und daß er geändert werden kann, wenn sich die Umstände ändern.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war aber auch bei all ihren Erwägungen von der Überzeugung durchdrungen, daß es nicht nur um die Höhe der Gehälter in der Zeit dieses Hungerwinters geht, sondern daß zugleich ein politischer Machtkampf ausgetragen werden muß, dessen Entscheidung für das deutsche Volk und für ganz Europa auf viele Jahre hinaus von allergrößter Bedeutung sein wird. Ihre Stellung innerhalb der gegenwärtigen politischen Situation wird ebenso stark wie von den sozialen auch von den politischen Interessen der Arbeiterklasse bestimmt, die ihre in Jahrzehnten erkämpften Rechte, ihre von zwei Generationen aufgebauten Organisationen und Einrichtungen gegen den wütenden Angriff des Faschismus, dieses brutalsten Preisfechters des Kapitalismus zu verteidigen hat. Sie wird ihre Haltung zur Reichsregierung davon abhängig machen, wie sie sich zu ihrem eigenen Versprechen in der Lohnfrage verhalten wird, aber auch davon, welchen Grad von Entschlossenheit sie im Kampf gegen die Feinde der Republik und der Arbeiterklasse entwickeln wird. Der Regierung Brüning ist damit noch einmal eine Gelegenheit gegeben, ihre Stellung gegenüber dem deutschen Volk und der ganzen Welt zu befestigen.

Die Arbeiterklasse kann aber ihr Schicksal mit dem der gegenwärtigen Reichsregierung nicht verbinden. Die Haltung der Reichsregierung ist wichtig, entscheidend bleibt aber das Maß von Kraft, das die Arbeiterklasse in ihrem Kampf zu entwickeln imstande ist. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat für den nächsten Zeitabschnitt Wege und Waffen für diesen Kampf gewählt. Auch wer von ihr eine andere Entscheidung gewünscht hat, wird jetzt mit seiner ganzen Kraft, zu ihr, zur sozialdemokratischen Partei stehen müssen. Um die Organisation der Arbeiterbewegung durch diese Sturmzeit hindurchzuführen und den Angriff der Feinde zurückzuschlagen, bedarf es sorgfältigster Wahl aller Kampfmittel. Ist diese Wahl aber erfolgt, dann bedarf es der Einigkeit, der Geschlossenheit, der Disziplin und der Begeisterung für das große Ziel, dem unser aller Arbeit gilt.

### Optimismus trotz Krise

Die Sonderausstellung in Basel

Basel, 14. Dez. (Eig. Ber.) Im Sonderausst. der WZ. feierte am Montag Colijn (Holland) ein allgemeines Exposé über die Rückwirkungen der deutschen Reparationsabläufe auf den internationalen Handel, auf die Wirtschaftspolitik und das Wirtschaftsleben der verschiedenen Länder vor. Colijn ist der Meinung, daß die Reparationsabläufe gegenwärtig einer der Faktoren der Wirtschaftskrise seien.

Der amerikanische Vertreter Stewart erklärte zu dem Bericht, man müsse trotz der Schwierigkeiten der Lage Optimismus bewahren. Die gegenwärtige Krise sei ebenso anormal wie die Periode der Prosperität, die ihr vorangegangen sei.

Der Vertreter Jugoslawiens, Juritsch, erklärte, daß die Reparationsabläufe für die Wirtschaft verschiedener Länder eine günstige und sehr wichtige Rolle spielen.

### Interview des Reichswehrministers

Deutschlands Parole zur Abrüstungskonferenz

Berlin, 14. Dez. Reichswehrminister Dr. Guderer gewährte heute einem Vertreter eines amerikanischen Korrespondenzbüros ein Interview, in dem er sich mit den Fragen der Abrüstung befaßte und die ungeheuren Rüstungen anderer Länder zu Wasser, zu Lande und in der Luft gegenüber dem entwaffneten Deutschland hervorhob.

Die Parole für die Abrüstungskonferenz von 1932 müsse heißen: Gleichberechtigung, Gleichheit in den Methoden der Abrüstung und gleiche Sicherheit für alle Völkerbundmitglieder. „Sicherheit durch Abrüstung“ und nicht „erst Sicherheit, dann Abrüstung“.

### Außenpolitik und Sozialismus

Von Dr. Fritz Ermath erhalten wir folgende Zuschrift zu obiger heute sehr aktuellen Frage:

Wette Kreise im Volk sind heute dem Schlagwort erlegen, das in der Rechtsprelle immer wieder verkündet wird: Deutschland müsse sich ein System von Bundesgenossen schaffen, um die französische Uebermacht zu brechen; erst durch die Erfüllungspolitik sei Frankreich als Glaubwürdigkeit, als Kapitalist, in die Lage versetzt worden seine politische Vormachtstellung in Europa zu befestigen. Ist das verwunderlich in einer Zeit, in welcher alle Schwierigkeiten außenpolitischen Probleme (Reparationen, Abrüstung, Revision der Verträge) in erster Linie deutsch-französische Probleme sind? Ist das verwunderlich, wo die außenpolitische Linie durch das Mißtrauen infolge des innenpolitischen Geschehens erstarrt ist? Der große Ansturm des Kapitalismus hat eingesetzt in allen Ländern und er hat alle bürgerlichen Kräfte mobilisiert, um den Sozialismus zu vernichten. Der deutsche Kapitalismus gebärdet sich aus innenpolitischen Gründen heute antikolonialistisch, obgleich er weiß, daß der einzige außenpolitische Weg, den wir gehen können, von einer Regelung unserer Beziehungen zu Frankreich ausgehen muß. Eine deutsche Außenpolitik der starken Hand ist nicht möglich; die Evidenz der Sallunior hat es erwiesen; aber die Forderung einheitlicher Schuldentilgung durch Deutschland findet in nationalsozialistischen Vorkommnissen noch erstaunlich großen Anklang.

Was kann geschehen? Kann überhaupt etwas geschehen, wo die französische Regierung doch mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen zur französischen Kammer und aus begrifflicher Skepsis gegenüber der innerdeutschen Entwicklung in keiner Weise geneigt scheint, eine Bewegung in dem gegenwärtigen erstarrten Zustand, sei es in der Reparationsfrage, sei es in der Abrüstungsfrage zuzulassen? Ist eine „aktive“ Außenpolitik von einem europäischen Lande aus möglich, während die großen Weltwirtschaftskomplexe, die Vereinigten Staaten, das britische Empire, sich durch ihre Zollpolitik immer mehr abriegeln und politisch in ihrer Stabilität durch die schicksalshen Ereignisse in Indien und in China stark bedroht erscheinen?

Europa! Auf dieses Ziel müssen wir uns besinnen! Das Proletariat wird im Staate nur den Platz erringen und behaupten können, der ihm zukommt, wenn Europa in sich gefestigt, wirtschaftlich und politisch befreit ist. Solange die deutsch-französische Spannung oder die unklare Lage Osteuropas die innere Geschlossenheit des europäischen Raumes trennen, solange wird auch das Proletariat im Staate durch die gegnerischen Kräfte, welchen den Schutz soll und die Abrüstung wollen, niedergebunden sein.

Daß die Schwierigkeiten, Europa zu „schaffen“, ungewöhnlich sind, ist offenbar; aber wie das junge Bürgerum unter Schwierigkeiten aus den einzelnen Fürstentümern Deutschland schuf, so wird das Proletariat Europa schaffen. Die deutsch-französische Verständigung ist der erste und entscheidende Schritt auf dem Wege nach Europa, der auch der Weg zum Sozialismus ist. „Europa“ ist wirtschaftlich und politisch keineswegs Utopie; eine Bedarfsbedingung wird viel leichter planmäßig überstaatlich bewältigt werden als das im abgeschlossenen nationalen Staate möglich ist, der von den Zellen und Breiten des Nachbarn, die er nicht vorausberechnen kann, abhängig ist.

Muß es hier noch einmal ausgesprochen werden, daß jede andere Politik, die statt „Europa“ zu wollen, Koalitionen in Europa will, und unrettbar in eine wirtschaftliche Verklavung zu den großen überseeischen Weltreichen bringt, das keine System der Bündnisse im engen Europa zu einer Entladung führen muß, die gerade die mitteleuropäischen Staaten für immer vernichtet? Muß die deutsch-französische Verständigung nicht auch eine „vaterländische“ Forderung sein?

Es muß die Aufgabe des Augenblicks für das Proletariat sein, leichtsinnige Pläne, wie sie der Reaktion vorschweben, zu verhindern. Kann die „Internationale“, die auf ihrer Wiener Tagung die Weltkriege und ihre Lösung durch die deutsch-französische Befriedung in den Vordergrund stellte, eine „aktive“ Außenpolitik führen? Die außenpolitische Lage scheint so ungeeignet, wie bisher nie, irgend einen entscheidenden Schritt, der auf eine endgültige Regelung hinzielt, zu unternehmen. Die Empfindlichkeit Frankreichs ist bis zur Siebtheit gesteigert. Es bleibt also die Schuldfrage als nächstes und wichtigstes Ziel. Hier wird es Aufgabe der sozialistischen Parteien sein, energisch für eine sachliche Erörterung der Schuldfragen und ihrer Erleichterung einzutreten. Wie es bisher der SPD und den Gewerkschaften gelang, wenn auch unter gemäßigten Opfern und Zwangsmitteln, die Bankrotteure und Wirtschaftsbankrotten in Schutz zu halten und die republikanische Front zu halten, auf die gestützt die Regierung in die schwierigen internationalen Verhandlungen eintreten kann, um die Neuordnung unserer Schulden nach Ablauf der Stillhaltefrist im Februar und des Hoover-Adressen im Juli zu treffen, — so wird es auch weiter die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, eine wirtschaftliche Erleichterung der Lage Deutschlands ohne die Gegenseite untragbarer politischer Konzessionen gegenüber den Glaubwürdigkeitsstaaten durchzuführen.

## Notverordnung und Sozialpolitik

Eine Uebersicht über den jetzigen Stand

Der sozialpolitische Teil der Notverordnung ist trotz sehr bedeutender Einzelheiten im allgemeinen etwas erträglicher ausgefallen als ihre Uebersetzungen auf dem wirtschaftlichen, vor allem lohnpolitischen, Gebiet. Das hat in erster Linie seinen Grund wohl darin, daß die geplanten grundlegenden Reformen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Der Reichsarbeitsminister will mit diesen Reformen warten, bis sich die Entwicklung in der Wirtschaft übersichtlicher gestaltet hat.

Die Unfallversicherung ist verhältnismäßig allmählich weggekommen. Für sie war eine Kürzung der Renten um 5 Mark vorgesehen. Man wollte damit etwa 180 Millionen Mark sparen, womit jedoch der Selbstbeitrag für 1931 in Höhe von 210 Millionen noch nicht gedeckt gewesen wäre. Die allgemeine Invalidenrentenkürzung ist unterblieben. Das ist zu begrüßen, weil von ihr die sozial besonders schwachen Schichten getroffen worden wären.

Für die Krankenversicherung wird in erster Linie vorgeschrieben, daß bis zu einer anderweitigen gesetzlichen Regelung sämtliche Nebelastungen der Krankenkassen einzufrieren sind. Diese Bestimmungen gilt auch für die Ersatzkassen. Vorläufig dürfen also die Krankenkassen nur die Regelleistungen gewähren. Sie sind aber berechtigt, Nebelastungen wieder einzuführen, wenn ihre Beiträge unter 5 Prozent des Grundlohnes liegen. Auch eine solche Aenderung bedarf jedoch der Zustimmung des Oberversicherungsamtes. Zur Vermeidung von Beitragserhöhungen können die Krankenkassen einen angemessenen Teil ihrer Rücklagen verwenden. Diese Bestimmung wird kaum erhebliche praktische Bedeutung bekommen, denn bei den meisten Krankenkassen sind die Rücklagen schon sehr zusammengeschrumpft.

Die Beziehungen zwischen den Ärzten und den Krankenkassen sind jetzt endlich durch die Notverordnung neu geregelt. Die Kassenzustände werden in Zukunft bei allen Kassen einheitlich nach Kopfpauschalbeträgen honoriert. Der Reichsausschuß für Ärzte und

Krankenkassen wird ermächtigt, hierfür die näheren Ausführungsbestimmungen anzunehmen. Außerdem steht die Notverordnung eine Erweiterung der Zulassung von Ärzten zur Kassenzulassung vor. Damit dürfte die sogenannte Jungärztesfrage zunächst einmal erledigt sein.

In der Unfallversicherung sind die Abbaupläne ungefähr so, wie sie gefaßt worden waren, zur Durchführung gekommen, d. h. die kleinen Rentenfälle werden beseitigt. Eine Rente wird nicht gewährt, wenn die Erwerbsfähigkeit des Verletzten infolge des Unfalls um weniger als ein Fünftel gemindert ist. Sie wird jedoch gegeben, wenn der Verletzte auf Grund eines früheren Unfalls anfangs auf eine Verletztente aus der Unfallversicherung oder anfangs Krankengeld hat. Sie fällt in einem solchen Falle weg, wenn die Unfallrente der Verletztente zusammen nicht mehr die Zahl 200 erreichen. Ist die Rente weggefallen, so ist der Anspruch auf Weitergewährung nur begründet, solange die Erwerbsfähigkeit des Verletzten infolge einer wesentlichen Verschlimmerung der Unfallfolgen für länger als drei Monate um mehr als ein Viertel gemindert ist.

Für die Unfallversicherung und Ueberwachung wird bestimmt, daß den Organen der Berufsangehörigen Vertreter der Versicherten und ein Gewerbeaufsichtsbeamter angehören. Bei Entscheidungen haben die Vertreter der Versicherten die gleiche Stimmenszahl wie die Unternehmervertreter einschließlich des Vorsitzenden. Bei Stimmengleichheit ist die Abstimmung in einer neuen Sitzung zu wiederholen, an der der Gewerbeaufsichtsbeamte teilnehmen muß. Ueber die Berufung der Vertreter der Versicherten und des Gewerbeaufsichtsbeamten bestimmt der Reichsarbeitsminister das Nähere. Soweit die Sektionen der Berufsangehörigen an Aufgaben der Unfallversicherung und ihrer Ueberwachung beteiligt werden, ist für die Sorge zu tragen, daß auch in ihnen die Versicherten gleichberechtigt mitwirken.

Die neuen Bestimmungen für die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung treten mit dem 1. Januar in Kraft.

## Versklavung der Arbeiter

Arbeitszwang für Massenpeijung — Die Arbeitslosen unter der Knute der SA-Kojaken Die Hitlerführer wollen Angst und Schrecken ausbüßen

Die Hitlerpartei will das Arbeitslosenproblem durch Einführung der Zwangsarbeit lösen. Das ist keine Ueberschätzung. Wer hätte von den Landesherrn des Kapitalismus etwas anderes erwartet. Immerhin ist es von großem Interesse, nunmehr dafür sozusagen aktenmäßige Beweise vorlegen zu können.

Schon in dem Vorheimer Blutprogramm der Hellen-Nazis war eine Notverordnung über die nationale Arbeitsdienstpflicht vorgesehen, nach der alle Deutschen — mit Ausnahme der Angehörigen der Hitlerpartei — zur „Dienstleistung nach Anordnung der Behörden verpflichtet“ sind. Zu einer ähnlichen vorläufigen Forderung kam nun dieser Tage auch eine Sitzung des Ausschusses für Arbeitsdienstpflicht, die in den Räumen des Gaus Berlin der NSDAP, in der Hedemannstraße tagte. Die Besprechung wurde geleitet von dem Reichsorganisationsleiter Gregor Straker. Vertreten war auch der Vorsitzende der Abteilung für Arbeitsdienstpflicht, der bekannte Oberleutnant Schulz, und ebenso waren anwesend fast sämtliche norddeutschen Gauleiter der Hitlerpartei sowie verschiedene besonders geladene Nazi-Reichstagsabgeordnete.

In dieser Ausschusssitzung wurde als Programm für die Nachtübernahme die Einführung der Zwangsarbeit für alle Arbeitslosen — soweit sie nicht der Hitlerpartei angehören — offiziell verkündet. Sämtliche am Tag der Nachtübernahme vorhandenen Arbeitslosen, die nicht der Hitlerpartei angehören, werden zwangsweise eingesetzt und kaserniert. Sie müssen ohne jede Entscheidung, lediglich gegen Ernährung durch Massenverteilung, die ihnen von der Diktatur zugewiesene Arbeit leisten. Die Ueberwachung der Arbeitslosen erfolgt durch die SA. Die Kommandogewalt liegt bei besonderen Gruppenführern, die ebenfalls von der SA gestellt werden.

Zur Durchführung dieses „Arbeitslosenprogramms“ der Hitlerpartei werden die Gauleitungen aufgerufen, der Abteilung „Arbeitsdienstpflicht“ (Oberleutnant Schulz) der sofort 2000 bis 3000 für die Führerposten geeignete SA-Leute zu benennen. Die Ausbildung dieser Führer soll bis Februar abgeschlossen sein.

Dieser laubere Plan, der nichts anderes bedeutet, als wie die Aufstellung einer Slavenarmee,

land begeisterte Zustimmung bei den Hitlerführern. Von einem Wort des Protestes von Führern wie Straker und Goebbels keine Spur.

Der unmittelbare Zweck des Programms ist nur allzu durchsichtig. Alle Feindlinge und Remmen will man auf diese Weise einengen, sich so schnell wie möglich bei der Hitlerpartei anzumelden; denn die Angehörigen der Partei sollen ja von der Slaverei verschont bleiben. Im übrigen können jetzt auch die Arbeitslosen erkennen, was für eine Rolle die Hitlerpartei ihnen für das Dritte Reich zueben hat. Die „Befreiung von Marxismus“ und die „Erneuerung Deutschlands“ besteht also in nichts anderem, als in der Wiedererführung der Slaverei. Der Sommerwinter, in dem wir stehen, wäre also, wenn Hitler zur Regierung kommt, noch ein Paradies gewesen.

### Wer regiert in Deutschland?

Hitlers privates Heer

Dem SPD. wird aus München gemeldet: Hitlers Privatarmee zielt immer mehr darauf ab, ihr militärisches Vorbild die kaiserliche Korymbenarmee, auch in äußeren Angelegenheiten zu kopieren. Den neuesten Aufbruch darüber erteilt eine Bekanntmachung des sogenannten Reichszugametziers, die ein einheitliches Feldbündenschild für alle SA-Führer vom Sturm auswärts, anordnet, ferner eine SA-Adjutantenschnur und einheitliche gefärbte portemantillartige Abzeichen, auch für die nationalsozialistischen „Frauenkajaken“, deren Schrittlänge durch besondere Präzision auf der Rückseite kenntlich gemacht ist. Im Zeichen der neuen Notverordnung werden ferner mit sofortiger Wirkung die Weisungen für Bekleidern, Schulterriemen, Leibriemen, Leibtaschen und SS-Adjutantenschnüre ermahnt. Außerdem — so heißt es wörtlich in der Bekanntmachung — ist es den Bewohnern des Reichsraumes in Verbindung mit der Reichszugametzerei gekunden, SA-Verbandsnägeln und Sanitätsnägeln in bester Ausführung vorrätig zu beschaffen. Es handelt sich, wie besonders betont wird, um farbige neue Ware, für die nur die SA., die SS., die nationalsozialistische Kraftfahrkolonne und die Hitler-Jugend vorzugsberechtigt sind.

## Primer-Putsch vor Gericht

Das alte Lied der Putschisten: Ich heiße Hase und weiß von nichts

Gras, 14. Dez. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute der Prozeß gegen acht führende Mitglieder des Heimatschutzes, die wegen des Putschversuchs am 13. September des Verbrechens des Hochverrats angeklagt sind. Der Hauptangeklagte ist der Bundesführer des Heimatschutzes, Dr. Walter Primer, Rechtsanwalt in Ludenbura. Er ist nach dem mitaltlichen Putsch ins Ausland geflohen und erst am 7. Dezember nach Oesterreich zurückgekehrt. Mit ihm angeklagt sind dann noch die Landtagsabgeordneten Konstantin Kammerhofer, Oberst der Reserve Richard Flechner, Oberst der Reserve Viktor Hoyer, Hauptmann der Reserve Franz Hartel, Karl Sarant, Franz Seitzer und Oberst der Reserve Johann Niederlechner. Sämtliche Angeklagte sind unbescholten.

Primer, der als erster vernommen wurde, erklärte, er fühle sich nicht schuldig, da die Verfassung des Staates nicht legal sei. Das Ziel seiner Septemberaktion sei gewesen, das ein Teil der bewaffneten Heimwehrformationen auf Wien loszumarshieren, der andere die Provinzorte besetzen sollte. Er habe damit gerechnet, daß sowohl in Kärnten wie in Nieder- und Oesterreich die Heimwehr ebenfalls unter die Waffen gerufen werde. Allerdings habe er sich darin geirrt. Er habe sicher gehofft, daß die Regierung nachgeben würde. Die erste Maßnahme der Putschisten hätte eine Streikung der rückständigen Steuern sein sollen, dann hätte das Volk entscheiden sollen, ob Republik oder Monarchie. Dann habe man eine Verfassung auf fester Grundlage schaffen wollen, die unter dem Druck der Heimwehr vielleicht sogar das Parlament beschließen hätte. Die Aktion sei zum Teil auch durch Gerüchte ausgelöst wor-

den, nach denen die Sozialdemokraten und Kommunisten einen Streik planten. Im übrigen habe er bestimmte Anhaltspunkte dafür gehabt, daß die Exekutive und die Regierung der Aktion nicht feindlich gegenüberstehen würden. Mehr könne er vorläufig nicht sagen. Die Proklamationen seien bereits im Jahre 1929 verfaßt worden, und zwar von mahnenden Persönlichkeiten, die er vorläufig nicht nennen wolle. Diese Persönlichkeiten hätten dem Hochverrat beigegeben, nicht er. Er habe die Proklamationen herausgegeben wollen, wenn er die Gewalt im Staate gehabt hätte.

Es ist bezeichnend, daß einer der Verteidiger Primers, Dr. Grazer Rechtsanwalt Kleb, schon vor Beginn des Prozesses die Verteidigung niedergelegt hat, weil er einen Mann nicht vertreten könne, der die Verfassung für illegal erklärt. Bezeichnend ist auch, daß während der Mittagspause der größte Teil der Zubehörschaft die Angeklagten mit dem Balkistengras besäen durften.

In der Nachmittagsitzung wiederholte Primer, daß er auf ein Einvernehmen mit der Regierung gehofft habe, und zwar hätte dafür Landeshauptmann Hintelen sorgen sollen. Drei weitere nicht geklaute, die sich in der Voruntersuchung, solange Primer nicht verhaftet war, auf diesen ausgeteilt und alle Schuld auf ihn geschoben hatten, stellten ihre früheren Aussagen als unrichtig dar und erklärten, sie hätten sich bei der Aktion überhaupt nicht beteiligt, sondern hätten nur einen Befehl zum Auslösen Folge geleistet.

Die Verhandlung wird am Dienstag fortgesetzt.

### Verjüngung im Reichsbanner

**Aktivierung durch Beiziehung junger Kräfte**  
 Berlin, 14. Des. (Eig. Draht.) Wie wir von der Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erfahren, hat Otto Höpfer in der letzten Zeit, in der es auf besondere Aktivität des Reichsbanners ankommt, während seines Urlaubs für die zweite Bundesvorsitzende Söllermann die Geschäfte der Bundesleitung übernommen.  
 In den Gerüchten über einen Rücktritt Höpfers von der Bundesleitung ist mitzuteilen, daß man sich seit längerer Zeit sowohl im Bundesvorstand des Reichsbanners als auch in weiten Reichsbannerkreisen mit der Frage beschäftigt, wie die Führung des Reichsbanners durch Hinzuziehung junger aktiver Kräfte verjüngt und aktiviert werden könne. Diese Verjüngung ist umso notwendiger, als Otto Höpfer in der letzten Zeit, in der es auf besondere Aktivität des Reichsbanners ankommt, während seines Urlaubs für die zweite Bundesvorsitzende Söllermann die Geschäfte der Bundesleitung übernommen hat. Die Bundesvorsitzende Söllermann, die am Mittwoch hat und danach wahrscheinlich auch eine Bundesratsitzung wird sich mit den vorstehenden angesprochenen Fragen beschäftigen.

### Ein demaskierender Protest der Deutschen Juristenfakultäten

Die rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten sämtlicher Universitäten des Deutschen Reiches haben in einer in der Deutschen Juristenzeitung zum Abdruck gelangten Eingabe an den Reichsminister des Innern gegen Ueberreichungen des Notverordnungsrechts durch die Länder Protest erhoben und nachdrücklich auf Abhilfe gedrungen. Die im einzelnen als der Reichsreformgesetz widersprechenden Bestimmungen betreffen Berechnungen Preußens und Thüringens.  
 Ohne uns in die Einzelheiten der einen oder anderen juristischen Begriffsdefinition einzumischen, müssen wir zu dieser Eingabe erklären, daß den rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten jede moralische Legitimation zu einem solchen Protest fehlt, solange sie es nicht für notwendig halten, Protest dagegen zu erheben, daß eine Persönlichkeit wie Oberreichsanwalt Berner nach der Art, wie er die heftige Rutschdokumentationspraxis präjudiziert hat, weiterhin auf seinem Posten funktionierte und so fern es nicht für notwendig findet, dagegen zu protestieren, daß der Verfasser der heftigen Rutschdokumente, Herr Dr. West, Mitglied des heftigen Staatsgerichtshofs ist und seine Komplizen auf dem Gebiete des Rutschwesens Mitglieder des heftigen Landtags sein dürfen, statt vom Oberreichsanwalt in der sonst gegen politische Hochverratsverbrechen gepflogenen Art in Gegenwart genommen zu werden. Der Protest der deutschen Juristenfakultäten richtet sich daher selbst und bedeutet für die deutsche Öffentlichkeit nichts anderes als eine neue Demaskierung der in diesen Kreisen üblichen Denkart.

### Braunschweiger Nazis verspotten Notverordnung

Braunschweig, 14. Des. (Eig. Draht.) In der Montagsführung des Braunschweiger Landtags marschierte die gesamte Fraktion der Nationalsozialisten in Naziuniform (mit gelben Kollaren, Armbinden, Abscheiben, Koppeln und Schulterriemen) in den Sitzungssaal.  
 Die Notverordnung vom 8. Dezember fündet jedem, der außerhalb der eigenen Wohnung mit einem politischen Abzeichen und in einheitlicher Kleidung betroffen wird, mit Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat an. Der Polizeiminister Klages veranlaßte selbstverständlich nicht zur Durchführung der Verordnung. Der Nazipräsident des Landtags war in Zivil erschienen, trug aber kein Parteiabzeichen.  
 Was gebietet der Reichsinnenminister zu tun?

### Bankbeamte gegen Bankkonzentration

Berlin, 1. Des. Reichsfinanzminister Dietrich empfing den Vorsitzenden des Deutschen Bankbeamtenvereins, und den Generalsekretär des Gemerktschaftsrings zu einer Aussprache über die Absicht, eine Großbankenkonzentration herbeizuführen. Hierbei trugen die Vertreter der Bankbeamten die schweren volkswirtschaftlichen und sozialen Bedenken vor, die gegen eine weitere Bankkonzentration und die damit verbundenen Folgen erhoben werden müssen. Es drohe eine neuerliche Existenzgefährdung für Tausende von Bankangestellten und eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes.

### Der deutsch-schweizerische Handelsvertrag gekündigt

Bern, 14. Des. Nach Kenntnisnahme des negativen Ergebnisses der Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland hat der Bundesrat beschlossen, den Handelsvertrag mit Deutschland am 18. Dezember 1931 zum 4. Februar 1932 zu kündigen.

### Ein politischer Friedenskalender

Wie im Vorjahre, so ist auch dieses Jahr der vom Verlag des Bundes für Menschheitsinteressen herausgegebene Friedenskalender 1932 „Neues Deutschland“ in bester Aufmachung herausgekommen. Gute Bilder illustrieren das wertvolle Datenmaterial, das im Zusammenhang mit dem nationalen Kampfe für die Bekämpfung moderner faschistischer Denkart in den Vordergrund stellt, ohne dabei eine besondere Richtung voranzustellen. Der Kalender darf daher wie auch in früheren Jahren als Kalender der Friedensfreunde angesehen werden. Dazu veröffentlicht er diesmal auf seinen ersten Seiten ein Preisausprechen zur Erinnerung an die Zeit, die für das deutsche Volkswesen von Bedeutung sind. Die Teilnahme daran steht jedem Käufer des Kalenders offen. Es sind Kreise bis zu 200 M. angesetzt. Als Friedenskalender eignet sich der Kalender besonders auch als Geschenkswende, wozu durch das Preisausprechen noch eine Gewinnchance kommt. Näheres durch den Verlag des Bundes für Menschheitsinteressen, Paul Kiepert, Seide in Wolfstein.

**Toshizawa japanischer Außenminister**  
 Die neue japanische Regierung ist gebildet worden. Das Außenministerium übernimmt der bisherige Vertreter Japans im Völkerbundsrat, Toshizawa.  
 Tokio, 12. Des. Im November betrug die Zahl der Arbeitslosen in Japan 420 000.

# Freistaat Baden

## Geheimnisvolle Vorgänge auf Burg Rotenburg bei Wiesloch

**Eine mysteriöse Gesellschaft ums Halentreu**  
 Seidelberg, 14. Dezember. Am Sonntag nachmittag wurde auf Burg Rotenburg bei Wiesloch, wo etwa 40 Personen, Herren und Damen aus den verschiedensten Parteikreisen auf Einladung des früheren kaiserlichen Gesandten von Reichenau zu einem Nachmittagsessen versammelt waren, eine umfangreiche Polizeidurchsuchung vorgenommen. Zahlreiche Beamte der politischen Polizei besetzten die ganze Burg und nahmen sowohl eine Hausdurchsuchung als auch eine Untersuchung der Gäste vor. Man suchte dabei nach einem angeblich in der Burg vorhandenen Dokument, das jedoch nicht zu finden war. Ferner wurde nach dem Seidelberger Staatsrechtler Professor Anshüs gefahndet, der zwar früheren Einladungen des Gesandten, D. Reichenau gefolgt war, dieses Mal sich jedoch nicht unter den Gästen befand. Es wurde ein umfangreicher politischer Briefwechsel beschlagnahmt, darunter Briefe des Reichspräsidenten von Hindenburg und Adolf Hitler an von Reichenau, die jedoch nur privater Natur sein sollen.  
 Eine spätere Meldung aus Wiesloch besagt noch: Der Besitzer des Schlosses, der der nationalsozialistischen Bewegung angehört, und ebenso seine Gattin wurden einem Verhöre unterzogen. Die Anwesenden wurden nach Waffen durchsucht und verschiedene Akten wurden zur näheren Prüfung mitgenommen.  
 Weiter wird dazu berichtet:  
 Fallschiff ist die Nachricht, daß die Polizei auch nach dem Seidelberger Staatsrechtler Professor Anshüs gefahndet habe, der zwar früheren Einladungen des Gesandten von Reichenau gefolgt war, dieses Mal jedoch sich nicht unter den Gästen befand. Professor Anshüs teilt dazu selbst noch mit: Daß er vor acht Jahren ein einziges Mal auf Burg Rotenburg durch eine dritte Persönlichkeit mit von Reichenau zusammengeführt worden ist, mit der Begründung, daß der Gesandte von Reichenau ihm in seiner Eigenschaft als Rektor wichtige Mitteilungen zu machen habe. Später habe er an keiner Versammlung bei v. Reichenau teilgenommen.  
 Wie ist es jedoch mit den übrigen Teilnehmern? Soll die Hinzuziehung von Professor Anshüs vielleicht ein Ablenkungsversuch für wirklich Verstrickte sein?

## Keine Aufhebung von Hochschulen

Wie der DZ-Dienst hört, ist im badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts über einen Plan, die Technische Hochschule Karlsruhe aufzuheben und mit der Technischen Hochschule Darmstadt zu vereinigen, nichts bekannt; ebenso wenig von der Aufhebung der Universität Gießen und deren Vereinigung mit der Universität Heidelberg.

## „Erneuerer“ unterschlagen Reichsfahne

Aus Triberga wird dem Singener Volkswille berichtet:  
 Eine Reichsfahne unterschlagen hat der frühere erste Vorsitzende der Ortsgruppe Triberga des Badischen Schwarzwaldbundes, ein bekannter Triberger Fabrikant und Nationalsozialist. Als vor einigen Jahren einer unserer Genossen die Wasserfallstadt zwischen den drei Bergen verließ, schickte er für das eben vollendete Wanderheim an der Rohrbacher Straße eine Reichsfahne, die er dem damaligen Vorsitzenden mit einem Beileichschreiben überreichte. Die Fahne wurde — mit einer andern Gabe — dankend angenommen, allerdings mit dem bei einem werdenden Nazi verständlichen Vorbehalt, daß der „Badische“ Schwarzwaldbund eben doch ein badischer Verein sei usw. Das weitere kann man sich ja denken. Seit der fünfte Jahre ins Land gegangen. Der Schwarzwaldbund hat wiederholt bei festlichen Anlässen die Reichsfahne gezeigt; nur in Triberga ist die gestiftete Fahne „nicht mehr auffindbar“. Kein Wunder auch, denn unterdessen hat ein Unwetter den ganzen Vorstand samt dem ersten Vorsitzenden hinweggeweht und der neue Vorstand hat von der Fahne nie etwas zu sehen bekommen. Bei der Inventarübernahme war die schwarzrotgoldene Reichsfahne — verschwunden. Es ist die alte Geschichte: Die „Erneuerer“ des Dritten Reiches — kein Engel ist so rein — beginnen ihr reformatorisches Werk damit, daß sie ihnen anvertrautes Gut unterschlagen. Schöne „Erneuerer!“

## Schutz bei Zwangsvollstreckung

Der Justizminister hat an die Amtsgerichte einen Erlaß gerichtet, der sich mit der Pfändung beweglicher Sachen landwirtschaftlicher Schuldner beschäftigt. Es wird darauf hingewiesen, daß auch gepflanzte und ob die Sachen zu dessen Zubehör gehören. Dieses gesamte Zubehör wird, wenn es dem Schuldner gehört, von der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen erloht und ist damit der Fahrnispfändung überhaupt entzogen. Kommt es zum Verkauf gepfändeter Fahrnisgegenstände, so muß in jedem Fall eine unwirtschaftliche Veräußerung der Sachen vermieden werden. Diesem Zweck dient vor allem die Bekanntmachung über das Mindestangebot bei der Versteigerung gepfändeter Sachen vom 8. Oktober 1914 (RGBl. 427). Darnach ist der gewöhnliche Verkaufswert unzulässig schon bei der Pfändung zu schätzen und ein Zuschlag nur zulässig, wenn bei der Versteigerung mindestens die Hälfte dieses Wertes als Mindestangebot erreicht wird. Andernfalls ist die Versteigerung als ergebnislos zu behandeln. Die Amtsgerichte wurden veranlaßt, über wichtige Wahrnehmungen oder außerordentliche Vorfälle von allgemeiner Bedeutung, die im Vollstreckungswege zu Tage treten, zu berichten.

## Volkswirtschaft

Der Bund deutscher Photo- und Kinobändler hat beschlossen, auf sämtliche Apparate 10 Prozent Absatzsteuer zu erheben.  
 Der Bund süddeutscher Weinbändler-Gewerbetreibende beschäftigt sich mit dem Eindringen der Erzeuger in den Handel und mit der Revision der Handelsgebräuche und Geschäftsbedingungen im Weinhandel.  
 Wie der Vorstand des Vorvereins der deutschen Buchhändler bekannt gibt, sollen im Zusammenhang mit der neuen Notverordnung die Preise der vor dem 1. Juli 1931 in Deutschland erschienenen Bücher bis zum 1. Januar 1932 um mindestens 10 Prozent gekürzt werden, soweit nicht schon vor dem 1. Juli 1931 eine Preisüberprüfung vorgenommen wird oder bereits vorgenommen worden ist.  
 Die Arbeitsgemeinschaft des Süddeutschen Getreideverbandes erklärte in einer Sitzung in Heidelberg, daß gerade das Grenzland Baden am meisten unter der wirtschaftlichen Depression zu leiden hat. Es sei deshalb erklärlich, daß nahezu 70 Prozent der Getreide dem Untergrund geweiht sind, wenn nicht umgehend für dieses Getreide besondere Erleichterungen aus dem Reichsministerium für Ernährungswesen herbeigeführt werden. Hinsichtlich der Konzeptionspolitik des Weinhandels, Befreiung der Auswüchse in den Straußwirtschaften, Sperre für Rekonstruktionen usw. Abänderungsanträge beschlossen.  
 Ergebnisse der Versteigerung der Liegenschaften der Gommel-Werte AG. Auf dem Dinglinger Rathaus sollte die Zwangsversteigerung der Liegenschaften des Fabrikanten Hermann Gommel in Dinglingen, sowie der Gommel-Werte AG, Dinglingen, stattfinden. Es hatten sich zahlreiche Bieter dabei eingefunden. Bieten 50 Objekte, darunter die großen Wertgebäude, die Magerferne u. a. waren ausgeteilt. An keinem erfolgte der Zuschlag, da die Gebote weit unter den in der Notverordnung vorgeschriebenen neun Zehntel des Wertes lagen. Der Antrag der Gläubiger auf einseitige Einstellung des Vollstreckungsverfahrens wurde daher abgelehnt.

## Privatkapitalistische „Schweinewirtschaft“

Berlin, 14. Des. (Eig. Draht.) Der Haushaltsausgleich des preussischen Landtags beschäftigte sich mit dem Standesmäßigen Zusammenbruch der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz, der Bank des Wirtschaftsparteilers Labandorf. Daß diese Bank schweinemäßig verwaltet worden ist, sieht fest. Was der Vertreter der preussischen Regierung aber am Montag im Hauptausgleichsvortrag, scheint zu beweisen, daß ein Verbrecher am Werke war.  
 Der Regierungsvortrager führte aus, daß die Geschäfte unsolid und ungesetzmäßig gehandhabt worden seien. Der geschäftstüchtige Direktor Geiffert, der Vertrauensmann Labandorfs sei unbeschränkter Herr gewesen. Seine Debitoren beruhten zum größten Teil auf Schwindel. Wirkliche Mittelstandskredite seien — bei einem Verlust der über 27 Millionen beträgt — nur in Höhe von 5,5 Millionen Mark gegeben worden. Man habe für unbedingte Forderungen keine Abschreibungen vorgenommen. Zinsen, die nicht eingingen, habe man einfach zum Kapital geschrieben und so aktiviert. Es habe eine Wirtschaft geherrscht, die unbedingt zum Zusammenbruch hätte führen müssen. Trotzdem eine starke Entwertung der Aktien eingetreten sei, habe man noch 10 Prozent Dividende verteilt. Der Verlust von 27 Millionen Mark, mit dem man erst rechnete, werde sich vergrößern. Nach dem Vergleichsvorschlag würden alle Gläubiger bis zu 100 M. voll ausbezahlt. Die anderen Gläubiger würden mit 30 Prozent abgefunden, wozu zwanzig Millionen Mark nötig seien. Die Hausbesitzerbank hat eine marktfeindliche und unsinnige Geschäftsführung betrieben. Dafür könne der Staat nicht eintreten. Inwiefern die Aufsichtsratsmitglieder haftbar gemacht werden (Aufsichtsratsmitglied war unter anderem auch der Vorsitzende der Berliner Handwerksammer), der allerdings nur an einer Sitzung teilgenommen hat — sei noch zu klären.  
 Der wirtschaftsparteiliche Abg. Menz versuchte zum allgemeinen Erstaunen eine Lanze für diese Bank zu brechen. Es blieb bei dem Verlaufe.

## Weihnachten naht!



Bald erglänzt der Lichterbaum für Groß und Klein. Alle möchten beschenkt sein. Jeder will Angehörige, Freunde und Bekannte durch Geschenke überraschen, von Wirtschaftskrise und großer Not und da ist es die Aufgabe der Geschäftsleute, durch Anzeigen im Volksfreund die Leser auf ihre Waren aufmerksam zu machen. Auch Sie die vor Weihnachten besonders rege Kaufkraft durch verstärkte Ziffern in diesem Blatte aus.

## Der neue Präsident des Rechnungshofes

Das Staatsministerium hat zum Präsidenten des Rechnungshofes den Ministerialrat Kirchhäner im Finanzministerium ernannt.  
 Der neue Präsident des Rechnungshofes ist am 17. September 1931 in Ueberlingen geboren. Er besuchte nach Abschließung des Freiurger Gymnasiums die dortige Universität und die Technische Hochschule in Karlsruhe. Nach Ablegung des Staatsexamens im Oktober 1899 trat er im November des gleichen Jahres beim Domänenamt ein. 1917 wurde er Kollegialmitglied bei der Zoll- und Steuerdirektion als Finanzrat, und im April 1919 zunächst Kommissarisch in das Finanzministerium berufen. Nach seiner am 1. Juli 1919 erfolgten Ernennung zum Ministerialrat im Finanzministerium wurde er im Herbst des gleichen Jahres als Leiter der Präsidialstelle des Landesfinanzamts kommissarisch zur Reichsfinanzverwaltung abgeordnet, wo er am Aufbau dieser Verwaltung mitwirkte. Am 1. Juli 1920 trat er als Präsident Kirchhäner endgültig wieder in den Landesdienst zurück. Seit dem Ausscheiden von Herrn Steinbrenner beorgte Präsident Kirchhäner auch das Referat für die Zölle und Verbrauchsabgaben.

## Verbilligung von Fleisch für die hilfsbedürftige Bevölkerung

Der Badische Staatsanzeiger veröffentlicht in seiner Montagnummer die Winterhilfsmassnahmen der Reichsregierung für die hilfsbedürftige Bevölkerung. Sie entsprechen den Mitteilungen, die wir bereits in der Samstagnummer des Volksfreund gemacht haben und ergänzen diese durch Einzelheiten über die Ausführlingsbestimmungen. Zur Teilnahme an der Fleischverbilligung sind danach berechtigt: Die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung, die Hauptunterstützungsempfänger der Kriegsjürlage, soweit in diesen beiden Fällen Familienzuschläge bezahlt werden, ferner die von der öffentlichen Fürsorge laufend als Hauptunterstützte in offener Fürsorge unterstützten Personen sowie Empfänger von Zulagen nach dem RWG, die ausschließlich auf Rente und Zulagen nach dem RWG angewiesen sind, soweit sie einen eigenen Haushalt führen. Die Empfänger von Kurzarbeiterunterstützung können an der Verbilligung nicht teilnehmen. Die Abgabe des verbilligten Fleisches beginnt mit dem 13. Dezember. Die Ausgabe der Bezugsscheine erfolgt durch die Arbeitsämter, die für rechtzeitige Ausgabe Sorge zu tragen haben.

# Aus aller Welt

## Schiffskatastrophe auf dem Yangtze

**Schanghai, 14. Dez.** Im Yangtze-Delta ereignete sich am Donnerstag ein schwerer Brand zur Folge hatte. 300 Personen sollen ertrunken oder in den Flammen umgekommen sein. Es spielten sich dabei furchtbare Szenen ab.

## Untergang eines italienischen Hochseeschleppers

**Rom, 14. Dez.** Der italienische Hochseeschlepper „Tejco“ ist heute früh auf der Fahrt von La Maddalena nach Civitavecchia untergegangen. Dabei sind 36 Mann der Besatzung ums Leben gekommen. Das Schiff hatte gestern Mittag Siferafe gefunkt, aus denen hervorgegangen war, daß die Masten gebrochen, das Steuer beschädigt und die Maschinen infolge Eindringens von Wasser unbrauchbar geworden waren.

## Bandalismus auf Friedhöfen

**Bombay, 14. Dez.** (Via Draht.) Auf dem alten historischen Friedhof am Bimburaer Dom haben Bandalen etwa vierzig Grabdenkmäler mit roher Gewalt umgeworfen, so daß sie fast sämtlich in Trümmer gingen. Der Friedhof bildet ein wüstes Trümmerfeld. Die Polizei hat auf die Erregung der Täter eine Belohnung ausgesetzt.

## Mit Gasbomben gegen Film

**Jheron, 14. Dez.** (Via Draht.) In Brunsbüttel demonstrierten vor einigen Tagen Nationalsozialisten mit Gasbomben gegen die Aufführung des Remarquefilms „Im Westen nichts Neues“. Die Bomben, die Zinnober, Para und Chloräure enthielten, sind von SA-Führern, die im Auto von Melbort und Eddelaf nach Brunsbüttel gefahren waren, geworfen worden. Ebe sie ihren Auftrag ausführten, hatten die Nazis im Hotel eine Zusammenkunft, in deren Verlauf sie auch Kurvorlesungen veranstalteten.

## Meisterjungeur gestorben

Der berühmte internationale Meisterjungeur Enrico Rastelli ist in seiner Heimatstadt Bergamo im Alter von 36 Jahren einem Gehirnschlag erlegen. Rastelli hatte sich beim Fahren der Säbne mit der Zahnbürste so empfindlich verletzt, daß eine Wunde mit einer Blutung entstand, die lange Zeit nicht zu stillen war. Am Samstagabend trat eine Verschlimmerung in dem Befinden Rastellis durch Gehirnhautentzündung und Gehirnblutung ein. Rastelli verlor er das Bewußtsein. In der Nacht ist er dann an den Folgen eines Gehirnschlages gestorben, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

## Erbin gefunden

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß der aus Andernach stammende Hr. C. Lohr in Pensacola (Florida) von Negern ermordet worden sei und seine erhebliche Hinterlassenschaft dem Staate Florida verfallen, falls sich keine Erben melden sollten. Auf Grund dieser Nachricht ging beim Andernacher Rathaus eine große Anzahl von Anfragen ein. Eine in Bonn wohnende Bekannte Schwester des Verstorbenen ist nunmehr einwandfrei als Erbin ermittelt worden. Die anderen Geschwister sind, wie je amts, bereits gestorben.

## Nationale Herren

In Stettin wurde in dem Betrugssprozeß gegen die Direktoren und Angestellten der Pommerischen landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft, alles deutsch-nationale bzw. nationalsozialistische Herren, nach mehrwöchiger Verhandlung das Urteil gefällt. Es erhielten: Direktor Sagemann wegen Berechnens gegen das Zollgesetz 60 000 M. Geldstrafe, im Nichtbeibringensausfälle für 1000 M. einen Tag Gefängnis; Profurist Fröh Schneider 10 000 M. Geldstrafe bzw. für je 250 M. einen Tag Gefängnis, Kaufmann Grünblin 3000 M. Geldstrafe, Obermüller Hubert und der Buchhalter Bohnenkengel je 400 M. Geldstrafe. Die Angeklagten Direktor Hab, Handlungsgehilfe Lutgenka und Kaufmann Matties Schneider wurden freigesprochen.

Die Angeklagten wurden beschuldigt, das Reich um Millionen umgebracht zu haben.

## Notwendigkeit und Nutzen des Feuerstuhles

In Deutschland verbrennen jährlich noch 1400 Menschen. Der jährliche Brandschaden beträgt noch 400 Millionen Mark. Nach dem übereinstimmenden Urteil der Sachverständigen könnte durch größere Sorgfalt im Umgang mit Feuer und Licht mindestens die Hälfte der Brände verhütet und damit jährlich wohl 700 kostbare Menschenleben und 200 Millionen Mark gerettet werden. Da je eine Mark, 40 Jahre lang jedes Jahr zu 5 Prozent in einer öffentlichen Sparkasse auf Zinsen gestellt, mit den Zinseinsätzen zu 127 M. anwächst, so macht dies in 40 Jahren 25 Milliarden aus.

Und in 40 Jahren könnte man mit der nötigen Sorgfalt 700 mal 40 = 28 000 Menschen von dem qualvollsten Tod des Verbrennens retten. Es ist daher unbedingt eine heilige Pflicht der Menschlichkeit, ja Selbsterhaltung für das ganze deutsche Volk, mit Feuer und Licht äußerst vorsichtig umzugehen.

## „Die letzte Stunde“

Das Lehrkollegium der Oberschule in Gießen beschloß, den nationalsozialistischen Oberprimar von Kobenhahn in der strengsten Form von der Schule zu weisen; d. h. Kobenhahn kann auch an keiner anderen höheren Lehranstalt jemals mehr aufgenommen werden. Der befrachtete Schüler hatte unmittelbar nach dem heftigen Landtagswahlkampf an seinen Lehrer, den Oberstudienrat Professor Dr. Wiesel, einen überausigen Demotrofen, einen mit Hakenkreuzen bemalten Brief voll gemeiner Vorwürfen geschickt. In dem Brief brachte Kobenhahn u. a. zum Ausdruck, daß Wiesel die letzte Stunde geschlagen habe.

## Der vielseitige Eintänzer

In einem der elegantesten Nachtlokale von Warschau wurde ein Eintänzer verhaftet, weil er angeblich mehrere Gänge des Lokals erproben wollte. Er wird auch beschuldigt, wiederholt Damen in seine Wohnung (scheinbar zum Zwecke des Tanzunterrichts, in Wirklichkeit aber zum Zwecke des wiederholt geübten Diebstahls von Ringen) eingeladen zu haben.

## Schweres Einsturzungslud in Thron

**Thron, 14. Dez.** Beim Einsturz einer neu erbauten Mauer des städtischen Schlachthaus wurden sechs Arbeiter verwickelt. Obwohl es gelang, sämtliche Verwickelten noch lebend aus den Trümmern zu bergen, erlagen zwei von ihnen später ihren Verletzungen. Als Ursache des Einsturzes wird nichtvorherrschende Ausführung der Fundamente angenommen. Der Stadtbaumeister, ein Eisenbahnbeamter und der Bauunternehmer wurden festgenommen.

## Inbetriebnahme des neuen Rundfunksenders Langenberg

**Düsseldorf, 14. Dez.** Wie die Oberpostdirektion mitteilt, wird der Betrieb des neuen Großrundfunksenders in Langenberg (Rheinland), dessen keine unerwarteten Schwierigkeiten auftraten, am 20. Dezember vorläufig probeweise aufgenommen, indem die Sonntagabendübertragungen ganz und die der Werttage von 15.30 Uhr ab auf den neuen Großsender geleitet werden.

## Nazianträge vom bayerischen Staatsgerichtshof abgelehnt

**München, 14. Dez.** Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes wies heute die Anträge der nationalsozialistischen Landtagsfraktion auf Ungültigkeitserklärung des bayerischen Landtages ab.



Alfred Nobel

der Stifter des Nobelpreises, geboren am 21. Oktober 1833, gestorben am 10. Dezember 1896. Die beträchtlichen Mittel, aus deren Zinsen der Nobelpreis alljährlich gezahlt wird (erstmalig vor 30 Jahren, am 10. Dezember 1901), hatte Nobel durch seine erfindungsreiche Erfindung des Nitroglycerins, eines der furchtbarsten Sprengstoffe der Welt, erworben.

## Sprengstoffexplosion bei Helmsiedt

**Witz, Helmsiedt, 13. Dez.** Gestern abend gegen zehn Uhr war hier eine sehr heftige Detonation zu hören. Die Untersuchungen ergaben, daß das Munitionshäuschen in der Tongrube einer Ziegelei erbrochen wurde und 22 1/2 Pakete Ammonit mit je 2 1/2 Kilogramm Inhalt geräuchert worden sind. Man vermutet, daß die Täter beim Fortschaffen der Beute durch Unvorsichtigkeit einen Teil des Sprengstoffes explodieren ließen. Ob Personen dabei zu Schaden gekommen sind, konnte nicht aufgeklärt werden.

**Braunschweig, 14. Dez.** (Via Draht.) Den letzten Feststellungen zufolge scheint es beim Abtransport des zum Stehlen beachtlichen Sprengstoffes zu einer Explosion gekommen zu sein. Es wird angenommen, daß dabei die Sprengstoffdiebe ums Leben gekommen sind.

## Bomben gegen Mussolini?

**Rom, 14. Dez.** (Via Draht.) Die politische Polizei hat als Beauftragte der antifaschistischen Vereinigung in Paris drei Personen verhaftet, und zwar einen Postbeamten und einen Kunstmaler in Mailand, sowie einen Bankbeamten. Bei allen wurden Explosivstoffe zur Herstellung von Bomben gefunden. Alle sollen Terrorakte geplant und das Material aus Paris erhalten haben.

## Tschiangkaiſchek zurückgetreten

**Schanghai, 14. Dez.** Der Präsident der chinesischen Republik, Tschiangkaiſchek, ist zurückgetreten.

## Japan kann Goldwährung nicht halten

Infolge der dauernden Abwärtsbewegung des japanischen Yen hat Japan auf Goldwährung verzichtet.

## Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Partei, Genossinnen und Genossen! Betrecht nicht die morgigen, Mittwoch, abends 8 Uhr in der Festhalle, 2. Stock stattfindende Parteiverammlung zu besuchen. Gen. Stadtrat Falser spricht über aktuelle Tagesfragen in der Gemeinde und im Reich.

## Kinderfreunde

Rote Falken: Mittwoch, 16. Dezember, abends 5.30 Uhr Zusammenkunft im Hort.  
Jung-Falken: Mittwoch, 16. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Hort Ballein.  
Rote Falken: Samstag, 19. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Hort Ballein.

**Schweinemarkt am 12. Dezember.** Der Markt war befahren mit 82 Läuferferkeln, 136 Ferkelschweinen. Verkauft wurden 32 bzw. 76. Preis der Paar 16—28 M bzw. 8—14 M.

## Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

**Todesfälle und Beerdigungszeiten, 11. Dez.:** Anna Gartner, alt 45 Jahre, Ehefrau von Konrad Gartner, Postkaffner (Bulendach), Luise Stegmaier, alt 65 Jahre, Ehefrau von Adolf Stegmaier, Dachbedeckmeister. — **12. Dezember:** Eugen Geiger, Dr. Ina und Fabrikdirektor a. D., Ehemann, alt 70 Jahre, Robert Kolbe, Kaufmann, Ehemann, alt 57 Jahre, Feuerbestattung am 15. Dez., 14 Uhr. Philipp Reimburger, Kaufmann, ledig, alt 61 Jahre (Habsbach), Margarete Kuldat, alt 88 Jahre, Witwe von Karl Kuldat, Landwirt, Auguste Mandach, alt 80 Jahre, Witwe von Heinrich Mandach, Bildhauer, 13. Dez.: Maria, alt 11 Jahre, Vater Josef Schwarz, Postkaffner, Beerdigung am 16. Dez., 13.30 Uhr. Karl Kratt, Oberrechnungsrat a. D., ledig, alt 71 Jahre, Feuerbestattung am 16. Dez., 14.30 Uhr.

**Redaktionsrat:** Georg Schöppin, Verantwortlich: Politisch, Prellhaas, Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Regie Nachrichten: G. Gränebaum, Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Variet, Kleine baltische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtspraxis, Beamteten, Die Welt der Frau: Hermann Wintner, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Giese, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, Eilmühle wohnhaft in Karlsruhe in Baden, Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe

## Weihnachtsverkauf bei W. Müller

Schon wieder ein neues Ansehen in der Spardose! Sehen Sie gleich nach, es handelt sich diesmal um äußerst preiswerte und wirklich schöne Geschenke, die in Massenabdruck zum Weihnachtsverkauf aufgelegt sind. Unvergleichliche Befristung ist jederzeit gerne gestattet. Die Firma Müller fertigt auch Handbuchs-Geschenke erstklassig und sehr preiswert an.

# Das Buch zu Weihnachten aus der Buchhandlung Ihrer Zeitung

Die Buchhandlung Ihrer Zeitung steht Ihnen mit Rat und Tat zur Seite, wenn Sie sich selbst oder anderen zu Weihnachten ein gutes Buch schenken wollen. Für wenig Geld ist da schon das Beste zu haben. Auch der Aermste sollte sich bemühen, sich wenigstens ein gutes Buch anzuschaffen. Wollen Sie Ihren Kindern, Nefen oder Nichten, den Kindern Ihrer Bekannten, die erwerbslos sind, oder sonst in Not leben, eine Freude machen und ein Buch schenken, dann bemühen Sie sich bitte in unsere Buchhandlung und sehen Sie, was wir an Kinderbüchern vorrätig halten. Sollten Sie ein Buch haben wollen, das bei uns vergriffen ist, so können wir es Ihnen schnellstens und sicher beschaffen. Brauchen Sie Bücher für Mädels oder Jungen, wollen Sie Bilderbücher oder Bücher belehrenden oder unterhaltenden Inhalts — wir können Ihnen Ihre Wünsche erfüllen. Im Zeitalter des Sports und der Technik müssen unsere Kinder Bücher haben, die sich auch mit diesen Dingen beschäftigen. Gerade die Zwölft- bis Vierzehnjährigen sind da dankbare Leserinnen und Leser. Die Buchhandlung Ihrer Zeitung hält auch Bücher und Schriften für die schulentlassene Jugend bereit. Denken Sie daran, wie entscheidend oft ein einziges Buch für die Entwicklung eines jungen Menschenlebens ist. Heute, da die deutsche Jugend zu einem großen Teil von brutalem Gewaltpolitikern irreführt wird, ist es doppelt notwendig, daß sie gute und aufklärende Bücher in die Hände bekommt. Sie muß aus diesen Büchern die geschichtliche Entwicklung kennenlernen, sie muß wissen, wie heldenhaft unsere Väter kämpften, um die Arbeiterklasse aus Nacht und Finsternis emporzuführen, sie muß wissen, welche Gefahren ihr drohen, wenn sie sich nicht entschlossen, den Mächten der blutigen Reaktion entgegenstellt. Da gibt es viele und gute Bücher, die Aufklärung schaffen und Aufschluß geben. Gebt unserer Jugend diese Bücher in die Hand! Jugend ohne Bücher, d. h. Jugend ohne Zukunft, d. h. Jugend ohne Kampfeswillen! Wir aber wollen die Zukunft, wir wollen, daß sie sich die Jugend an den Werken unserer Schriftsteller, Führer und Dichter erbaut, daß sie daraus Kräfte zum Kampfe um ein neues und besseres Leben schöpft.

**Frauen und Mütter, die nach des Alltags Mühe und Last einmal ausruhen und neue Kräfte sammeln sollen, müssen von Zeit zu Zeit ebenfalls ein gutes Buch lesen. An guten und billigen Romanen mangelt es nicht, es mangelt auch nicht an bildender und belehrender Literatur. Klassiker und moderne Dichter haben in den Regalen der Buchhandlung Ihrer Zeitung ebensogut Platz wie Wissenschaftler und Forscher. Unsere Mütter, in deren Hände die Erziehung des ganzen Nachwuchses eines Volkes gelegt ist, sollten es sich angelegen sein lassen, Bücher über moderne Erziehung zu lesen, Bücher von der Würdung des Menschen, Bücher von Hygiene und sozialen Forderungen unserer Zeit — es ist nur zum Segen der Kinder, für die die Mütter eine schwere Verantwortung tragen. Wir stehen auch auf diesen Gebieten unseren Käuferinnen und Käufern gern mit Rat und Tat zur Verfügung, wenn Sie sich bei uns ein Buch aussuchen wollen. Leider wird gerade unseren Frauen und Müttern oft Minderwertiges geboten, daß wir unsere Forderung nach guten Büchern nicht laut genug erheben können.**  
**Männer und Väter, Tag für Tag im harten Kampfe ums Dasein, müssen einmal ausspannen und Erholung haben. Bei einem guten Buche findet man die beste Ausspannung, da findet man Ruhe und Erholung, da findet man die geistige Anregung, die für den Alltag immer notwendig ist. Besonders für die Väter und Männer hat sich die Buchhandlung Ihrer Zeitung gerüstet. Da finden Sie die Werke führender Politiker und Wirtschaftler, die Werke der Männer der Theorie und der Praxis, die Werke schöpferischer Geister, die uns neue Wege zeigen wollen. Da finden Sie die nützlichen Bücher, die oft die Ergebnisse Jahrzehntelangen Denkens, Ringens und Kämpfens in sich vereinen. Es ist von großem Nutzen, wenn unsere Väter und Männer, die im täglichen Kampfe stehen, diese Bücher lesen, sie sind wahre Führer im Kampfe. Zu Weihnachten sollte nirgends das gute Buch als Weihnachtsgeschenk aus der Buchhandlung Ihrer Zeitung fehlen. An den langen Winterabenden ist Zeit und Muße, das Weihnachtsgeschenk gründlich zu lesen und zu genießen. Darum: Kaufen und schenken Sie Bücher!**

## Volksfreund-Buchhandlung Karlsruhe i. B., Waldstraße 28, Fernsprecher 7020/21

### Gewerkschaftliches

#### Die Lohnverhandlungen in der Berliner Metallindustrie ergebnislos unterbrochen

**BERLIN, 14. Dez.** (Via. Meldung.) Da das Lohnabkommen zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und den Vertretern des Metallarbeiterbundes am Ende dieses Monats abläuft, sind neue Verhandlungen zwischen beiden Parteien in die Wege geleitet worden, die, nachdem sie heute den ganzen Vormittag hindurch vor dem Schlichterausschuss abgehalten wurden, gegen Mittag ergebnislos unterbrochen werden mußten. Der Schlichter wird nun ohne die Mitwirkung der Parteien nach den gesetzlichen Bestimmungen der Notverordnung die Lohn- und Gehaltsätze in der Berliner Metallindustrie festsetzen.

#### Der Schiedspruch für die Eisen- und Metallindustrie Nordwest

**ESSEN, 14. Dez.** Der Schiedspruch für die Eisen- und Metallindustrie Nordwest, der von den Arbeitnehmern abgelehnt wurde, sieht folgendes vor: Für die Facharbeiter wird der Stundenlohn herabgesetzt von 79 auf 70 Pfennig, für die Hilfsarbeiter von 63 auf 55 Pfennig. Die sogenannte Wffordficherung, die bisher 15 Prozent betrug, wird auf 10 Prozent herabgesetzt. Diese Lohnregelung gilt ab 1. Januar 1932, während für Dezember 1931 der alte Lohnsatz wieder in Kraft gesetzt wurde. In der Arbeitszeittabelle kam es zwischen den Parteien zu einer Vereinbarung. Hiernach beträgt die Arbeitszeit in den weiterverarbeitenden Betrieben 48 Stunden statt 52 Stunden bisher, mit der Maßgabe, daß, falls Betriebsnotwendigkeiten es erfordern, eine längere Arbeitszeit gestattet ist. In allen Fällen, in denen bisher 57 Stunden durchschnittlich herabgesetzt waren, wird die Arbeitszeit auf 54 Stunden durchschnittlich herabgesetzt.

#### ADB und Notverordnung

Die Bundesinstanzen des ADB haben sich im Laufe der letzten Woche mit der neuen Notverordnung der Reichsregierung und mit der durch sie geschaffenen Lage beschäftigt. Die neue schematische Gehaltskürzung, die das gegenwärtige Einkommen der Beamten um mehr als 10 Prozent verringert, wurde auf das Schärfste verurteilt. Gegenüber der Behauptung des Reichsfinanzministers im Haushaltsauschuss, daß z. B. das Gehalt der unteren Beamten noch über dem Friedensniveau liege, wurde festgestellt, daß das Anfangsgehalt des Schaffners im geringsten Falle heute schon unter den Besoldungen vom Dezember 1924 steht und gemessen an der Kaufkraft weit unter das Fortriessniveau gesunken ist. Die neuen Kürzungen nähmen vielen Beamten in den unteren und mittleren Gruppen die Existenzmöglichkeit. Besonders stark sei die republikanische Beamtenklasse überempfindlich, während bei der Reichswehr die Unmöglichkeit weiterer Kürzungen anerkannt werde, man gegen sie am vierten Male in noch nicht anderthalb Jahren mit rückwärtsgehenden Einriffen in ihre Lebenshaltung vorziehe. Wenn das Reich den Beamten nicht mehr die Möglichkeit gebe, den Lebensunterhalt ihrer Familien zu bestreiten, so brauche man sich über die fortschreitende Radikalisierung großer Teile der Beamtenschaft nicht zu wundern. An diesem Urteil könnten auch die übrigen in der Notverordnung enthaltenen wirtschaftlichen Maßnahmen leidet nichts ändern. Sie ließen keine Entspannung der Lage erkennen, da sie zu einer weiteren Schumpfung der Wirtschaft führen müßten. Der ganze Staat nach wie vor in der Not, die die dardieher liegende Wirtschaft zu heimsuchen und zu bekämpfen habe, habe nichts zu tun mit dem vom ADB im Verein mit den freien Gewerkschaften schon seit langem erhobenen Forderungen der planmäßigen Stärkung der Rentenversicherung, der Kartellkontrolle, des inneren Marktes, der gerechten Verteilung der Arbeitslasten u. a. m. Die neue Notverordnung stelle trotz der immer gefährlicher werdenden Zuspitzung der Lage keine Umkehr auf dem bisher beschrittenen Wege sozialer Ungerechtigkeit und wirtschaftlicher Unzulänglichkeit dar.

Wenn es gelingen sollte, auch nur über die bevorstehenden schweren Monate hinwegzukommen, müßten zum mindesten die Lohn- und Gehaltskürzungen so lange zurückgestellt werden, bis sich gezeigt hat, ob die Preisabschneidemaßnahmen zu einer wirklichen Entlastung der Lebenshaltungskosten für die breite Masse geführt haben. Es sei nicht möglich, den Kampf um die Erhaltung der so schwer bedrohten demokratischen Republik, der ja allein auf den Schultern der werktätigen Massen ruht, mit Erfolg durchzuführen, wenn man die seelische und physische Widerstandskraft dieser Massen durch weitere Verelendung vernichte.

#### Eisenbahner gegen Notverordnung

Der Gesamtverband des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hat zur neuen Notverordnung Stellung genommen. Er lehnt ihre Verschlechterungen für die Arbeiter scharf ab. — Bei aller Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage läßt es gegenüber der Verordnung in allen ihren Teilen, die einen Einriff in den Tarifvertrag, einen Abbau der Löhne und Gehälter und der sozialen Einrichtungen enthalten, nur ein entsetzliches Nein. Offensichtlich werde die Arbeiterklasse unerbittlich hart belastet. Das Verschreiben der Regierung, die Lebenshaltungskosten zu verbilligen, sei zweifellos zu begrüßen. Solange der Erfolg jedoch ausbleibe, müßte jede weitere Senkung des Einkommens der Arbeitnehmer der herrschenden Not bis zur Unträglichkeit vergrößern. Den geplanten Tarif- und Preisentlastungen gegenüber sehe eine bedeutende Erhöhung der Umsatzsteuer, die preissteigernd wirke. Wenn der schrittweise Lohnabbau eintrete, so erhalte z. B. ein volljähriger verheirateter Bahnunterhaltungsarbeiter im Minimum einen Stundenlohn von 49 bis 50 Pfennig bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 43 Stunden pro Woche. Für derartige Löhne auch nur die geringste Verantwortung zu übernehmen, sei eine glatte Unmöglichkeit. — Der Vorstand des Einheitsverbandes erwartet von den Spitzen der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, daß sie den geplanten Verschlechterungen entgegenstehenden Widerstand entgegenstellen.

#### Wann ruft der Härteparagraf den Angestellten?

Früher konnte der Arbeitgeber jeden Angestellten entlassen. Weder das Handelsrecht, noch das neue Arbeitsrecht, noch das neue Kündigungsrecht, noch die seitliche Beschränkung noch erweitert, hinderte ihn daran. Jeder Grund genügte, ja der Arbeitgeber brauchte überhaupt keinen Grund anzugeben. Erst das Betriebsrätegesetz brachte darin eine Wandlung zugunsten der Arbeitnehmer. Diese Verbesserung ist aber nur durch die Mitwirkung der Betriebsvertretung wirksam. Die Zeitschrift des ZAV. Der freie Angestellte schreibt hierzu:

„Die am meisten angewandte Schutzbestimmung ist Ziffer 4 des § 84, der sogenannte Härteparagraf. Er lautet: „Arbeitnehmer können im Falle der Kündigung seitens des Arbeitgebers binnen fünf Tagen nach der Kündigung Einspruch erheben, indem sie den Arbeitgeber oder Anstelltenrat anrufen: ... wenn die Kündigung sich als eine unbillige, nicht durch das Verhalten des Arbeitnehmers oder durch die Verhältnisse des Betriebes bedingte Härte darstellt.“ So sicher, wie dieser Schutz auf den ersten Blick ausfällt, ist er jedoch nicht. Eine Härte bringt fast jede Kündigung mit sich, zumal die Erkennung einer anderen Stellung bei der zunehmenden Krise immer schwerer wird. Die Härte muß aber „unbillig“ sein und darf nicht durch den Gehaltsabbau oder die „Verhältnisse“ des Betriebes bedingt sein. — Nach übereinstimmenden Urteilen braucht der Arbeitgeber nicht zu beweisen, daß keine unbillige Härte vorliegt, sondern der Gehaltsabbau hat die Beweislast nach § 84 ZAV.

Bei Arbeitsmangel muß z. B. der Anstellte nachweisen, daß ein anderer gefunden werden könnte, den die Entlassung weniger hart treffen würde.

Die 10. Kammer des Berliner Arbeitsgerichts erkennt in einer Entscheidung vom 12. Juni 1931 zwar an, daß es dem klagenden Arbeitnehmer zuzustimmen ist, solche „Austauschpersonen“ zu nennen. Dem Chef könne aber nicht auferlegt werden, den Nachweis zu führen, daß andere Personen nicht gekündigt werden können. Dasselbe Urteilsgründung bezieht sich auf den Einwand, daß an Stelle von Entlassungen Kurzarbeit treten könne und kommt zu dem Schluß, daß es nicht Sache des Arbeitsgerichts sei, darüber zu entscheiden. Das gleiche trifft auch auf die Höhe der Diäten, den Stand der Aktien usw. zu, weshalb hier nicht näher darauf eingegangen werden soll.

Der Zweck dieser Zeilen sollte sein, den Lesern zu zeigen, daß der Härteparagraf in jeder Anwendung genau beachtet und geschickt gehandhabt werden muß, wenn er ein wirksamer Schutz der Angestellten sein soll. Dazu brauchen wir befähigte und sozial einschichtige Anstelltenräte. Wir brauchen aber auch sozial einschichtige Arbeitsrichter. Die Beiziger werden bekanntlich nach der Stärke der vorschlagenden Organisationen bestellt. Darum bleibt uns auch vom Standpunkt der sozialen Rechtspflege die alte Forderung als Pflicht: Unablässige Stärkung des ZAV.

#### Die Lohnverhandlungen in der Berliner Metallindustrie

Die am Freitag wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen dem Schlichter und den Parteien, weil keine Einigung durch die Parteien zustande kam. — Die Kündigung des Lohns durch die Metallindustriellen zum 13. Dezember war durch die Notverordnung unwirksam geworden. Die Verordnung sieht neben der schematischen Senkung der Löhne der Privatindustrie um 10 bzw. 15 Prozent eine generelle Verlängerung aller Tarifverträge bis zum 30. April vor, und daher befristeten sich die Metallindustriellen in den Verhandlungen darauf, die für alle nach dem 1. Juli d. J. ununterbrochen gebliebenen Tarifverträge vorgesehene Kürzung um 15 Prozent zu verlangen. Aus dieser Forderung würde sich für den hochqualifizierten Facharbeiter ein Tarifstundenlohn von 87,55 Pfennig und für den am geringsten bezahlten Hilfsarbeiter ein Lohnsatz von 65,87 Pfennig ergeben. — Die Gewerkschaften erhoben gegen eine solche schematische Lohnsenkung Widerspruch, weil erstens für die Facharbeiter am 10. Januar 1927 kein Tarifvertrag bestanden hat, zweitens deren tatsächlichen Stundenlohn damals nicht 15 Prozent unter den heutigen Löhnen lagen und drittens die Hilfsarbeiter damals an den niedrigen Tarifstundenlöhnen noch Leistungsulogen bis zu 10 Pfennig pro Stunde bekamen, heute dagegen nur noch in meinten Betrieben ein oder zwei Pfennig Zulage erhalten.

#### Erhöhte Aktivität beim ZAV

Zentralverband der Angestellten macht sich in den letzten Monaten eine überaus starke Aktivität, insbesondere hinsichtlich der Werbemittel, bemerkbar. In allen größeren und selbst einer erheblichen Zahl kleiner Ortsgruppen haben sich Werbemaßnahmen gebildet, die von der Zentralstelle in einheitlichen Richtlinien angeleitet sind. Die hiesigen Ortsgruppen sind durch die Zentralstelle über Ziel und Aufgabe der freigewerkschaftlichen Angelegenheiten auf dem Gebiet der Werbung aufgeklärt worden. Obwohl es gewiss nicht leicht ist, zumal in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression wie der heutigen, gewerkschaftliche Werbemaßnahmen zu leisten, die zu einem erheblichen Teil der freigewerkschaftlichen Ideologie noch recht fernliegen, hat der ZAV, doch schon jetzt recht beachtliche Erfolge erzielen können. Einzelne Ortsgruppen haben ihren Mitgliederbestand sogar erheblich zu erhöhen vermocht. Dieses gute Ergebnis ist in erster Linie auf die Tätigkeit zurückzuführen, daß der ZAV über einen sehr gut durchgeführten und überaus regen Funktionärsfortschritt verfügt, wie überhaupt seine Mitgliedschaft eine starke Anteilnahme an dem Geschehen innerhalb des Verbandes zeigt. Von wem es erheblicher und geradezu ausschlaggebender Bedeutung dieser Umstände für die Aktionskraft einer Gewerkschaft unter den heutigen Verhältnissen ist, erübrigt sich nicht auszusprechen. Der ZAV und seine Mitglieder können sicher sein, daß Fortdauer ihrer Aktivität auch in Zukunft die Entwicklung ihrer Organisation in ständig ansteigender Linie verlaufen zu sehen.

### Soziale Rundschau

#### Soll Baden auch noch das Hauptverjorgungsamt verlieren?

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegeshinterbliebenen, Gau Baden schreibt uns: In eingeweihten Kreisen ist seit einiger Zeit bekannt, daß das Reichsarbeitsministerium die Zusammenlegung der Hauptverjorgungsämter Baden und Württemberg verwirklichen will. Kritik bleibt hierbei, ob als Sitz für das gemeinsame Hauptverjorgungsamt für Baden und Württemberg Karlsruhe oder Stuttgart bestimmt wird. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Gau Baden, fordert sofort nach Bekanntwerden der Pläne des Reichsarbeitsministeriums Baden und Württemberg die Erhaltung des Hauptverjorgungsamtes Baden und wegen der Erhaltung des Hauptverjorgungsamtes in Karlsruhe das Reichsarbeitsministerium zu ersuchen. Er ist insbesondere auch an das Bad. Staatsministerium mit einer längeren Eingabe herantreten, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Entscheidung zentraler Behördenstellen aus dem Bad, Grenzland nicht wie bisher wahllos fortgesetzt werden kann. Es ist vom Reichsbund in der Eingabe an das Bad. Staatsministerium darauf hingewiesen worden, daß Baden das größere Hauptverjorgungsamt sei, das auch von sich aus die Verjorgungsberechtigten aus dem Bereiche von Hohenzollern, der Schweiz und Frankreich zu betreuen hat und daß die bessere Unterbringungsmöglichkeit für das gemeinsame Hauptverjorgungsamt in Karlsruhe gegeben sei. Das Bad. Staatsministerium ist vom Reichsbund nachdrücklich gebeten worden, für die Beibehaltung des Hauptverjorgungsamtes

Baden einzutreten, oder wenn Zusammenlegung unvermeidbar werde, für die Zusammenlegung der Hauptverjorgungsämter Württemberg und Baden mit dem Sitz in Karlsruhe bei der Reichsregierung und beim Reichsrat zu plädieren. Das Bad. Staatsministerium hat dem Reichsbund darauf mitgeteilt, daß die bad. Regierung sich mit Nachdruck für die Erhaltung des Hauptverjorgungsamtes in Karlsruhe einsetzt und in gleicher Richtung nach tätig sein werde.

Es darf aus oben angegebenen Gründen nur gewünscht werden, daß eine bisher in Baden vorhandene gewisse zentrale Behördenstelle mit dem Sitz in Karlsruhe auch bei einer Vereinigung von zwei Hauptverjorgungsämtern aufrecht erhalten und daß das Bad. Staatsministerium in diesem Falle Nachsicht nicht zeigt, sondern sein Bestreben fortsetzt, daß zentrale Behördenstellen im Grenzland Baden unbedingt bleiben.

#### Arbeitslose und Sieblung

Wir werden um Aufnahme der folgenden Zuschrift gebeten: Die von der Reichsregierung vor einiger Zeit veröffentlichten Pläne zur Anstellung städtischer Erwerbsloser in den Randgebieten der größeren Städte ließ uns, da wir von der Geißel des 20. Jahrhunderts getroffen wurden, aufatmen. Eine Aussicht auf Arbeit und Brot, wenn auch unter den schwierigsten Verhältnissen, raus aus dem Stumpfenn! Schon die lange Dauer des Bestehens der Sieblung letzte unsere Hoffnung herab. Was nun bekannt wird, ist nicht das ansetzen, unsere Hoffnung aufrecht zu erhalten. Erst wurde als Land zur Bewirtschaftung für eine Erwerbslosenfamilie 2 bis 4 Morgen genannt, dann nur noch 1 bis 2 Morgen und jetzt nur noch ein halber preussischer Morgen oder 12,5 Ar. Wenn es noch etwas dauert, wird es wohl noch weniger werden. Wie sich die angesiedelten Erwerbslosen mit 12,5 Ar zum Selbstverjorger ernähren sollen, ist wohl den Vätern dieser Idee selbst nicht ganz klar. Dazu sollen noch Abgaben für die Kaufsumme an das Reich geleistet werden. Nicht kann schließlich der Siebler mit seiner Familie auch nicht zum Laufen und Essen, wenn auch begehren, will er schließlich auch. Was bleibt dann dem Siebler übrig? Der erneute Weg aus der Sieblung. Anstatt eine Entlastung der öffentlichen Finanzwirtschaft doppelte Belastung. Zuerst die Anlagelosten für die Ansetzung der Erwerbslosen und dann die wieder entstehenden Verjorgungskosten die unbedingt entstehen, wenn zu wenig Land zur Verjorgung gestellt wird. Wir Erwerbslose haben nicht die Gebärden eines Großhandeldirektors oder Industriemagnaten, die nur vom Reich pumpen und sich über die Rückzahlung keine großen Haare wachsen lassen. Wir wollen nichts ansehen. Nur Arbeit und durch Brot. Das Reich wird wohl, wenn die Sieblung nach den ersten Plänen des Reichsarbeitsamtes und des Reichsfinanzministeriums durchgeführt wird, damit bessere Erfahrungen machen, als mit der Stützung lauter Bank- und Wirtschaftsunternehmungen. Man sollte meinen, daß die verantwortlichen Stellen aus dem Fiasco der Sieblung gelernt hätten. Warum erweitert man hier die Landzulage bei den Landarbeiterstellen? Doch nur, weil die bisherige Landzulage zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel war. Die von verschiedenen Seiten vorgeschlagenen 12,5 Ar können nur für Kurzarbeiter in Betracht kommen, denen damit eine gewisse Entschädigung für ihren Lohnausfall geboten werden soll. Allen Menschen, die mit vernünftigen Augen durch das wirtschaftliche Leben gehen, ist es wohl klar, daß eine Unterbringung der Erwerbslosen in der Wirtschaft beim heutigen Wirtschaftssystem auf lange Zeit hinaus unmöglich ist. Darum keine Verwässerung der Sieblungspläne und lange Konferenzen am grünen Tisch. Ser mit dem Land und damit zur Arbeit und Brot. B. A.

### Aus dem Gerichtssaal

#### Große Milde ... bei den Nazis!

Der Kassierer Daniel Stöck, aus Kaiserslautern war am 5. Juli Führer eines Lastwagens der Mannheimer SW-Route, und hatte sich vor dem Amtsgericht in Karlsruhe wegen eines Verkehrsvorfalles wegen die Verurteilung des Reichswehrpräsidenten zu verantworten. Er wird ihm zu Last geworfen, daß er die Lastwagen nicht richtig seitlich angedockt und die Fahrspur nicht eingeschoben hat. Statt durch den Amtsgericht Bruchsal, fuhr er durch Karlsruhe und wurde hier auch gefestigt. Die Notverordnung wurde zu dem Zwecke erlassen, daß die Polizeibehörde informiert ist, wenn Angehöriger irgendeiner Partei durch einen Ort fahren, und einstreifende Vorbeurteilungen treffen kann. Amieillos war das auch hier der Fall. Bereits morgens hat es in Karlsruhe böses Blut gegeben, weil durch Schreien und Rufen das Publikum belästigt wurde. Der Staatsanwalt stand nun auf dem Standpunkt, daß es sich hier um einen Verstoß gegen die Verordnung des Reichspräsidenten handle und beantragte die gefestigte Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis. Das Gericht sprach den Angeklagten frei (!!!) mit einer Begründung, die nicht alltätig ist. Der Richter meinte, der Angeklagte habe Bruchsal deshalb nicht durchfahren, weil ihm unterwegs bekannt geworden war, daß in Bruchsal ein roter Tag stattfinde (!) Er hätte also noch keine Ansicht direkt im Sinne der Notverordnung gehabt, wenn er versucht hat, den Ort zu umgehen. Die Angaben des Angeklagten lauten aber, daß er sich verfahren habe, und nur deshalb nach Karlsruhe kam. Das scheint genau so unwirklich, wie die Gründe des Richters.

Eine bessere Begründung für einen Freispruch hätte selbst ein Rechtsanwaltschaft nicht bringen können, wie sie der Richter dem Angeklagten gab. Man kann es doch sehr dahingestellt sein lassen, ob das Gericht auf diese schöne Worte „von der direkten Erfüllung der Notverordnung“ gebracht hätte, wenn es Republikaner oder gar Kommunisten gewesen wären. Bei der Einstellung des größten Teiles der Richter in der heutigen Republik ist das kaum anzunehmen. Auch ein Zeigen weiterer Zeit.

**Küche**  
wundervolles westfälisches Modell bestehend aus 1 Blech, 170 cm großes wuchtiges Form, alle Ecken außerordentlich stark gerundet, umrandet mit kirchbaum Wulstleisten. Sämtliche Flächen unterbrochen durch einzeln schöne Einlagen in schweb. birk. 1 Tisch 2 Stühle 1 Hocker

**235.-**

Wir bitten um Besicht un.

**Möbel Krämer**  
Karlsruhe, Kaiserstr. 30

**Erwerbsloser!!**  
verkaufte seinen Hab, 2 Röhrenapparate (8 & 1) 1 Heizapparat, 8x12 Weichschmelze, 3u. 4u. 12 Weichschmelze, 3u. 4u. 12 Weichschmelze

Mit **Henko** weich die Wäsche ein!

**Henkels Wasch- u. Bleichsoda**  
Hergestellt in den Persil-Werken



# Die Polizei berichtet:

## Selbsttötung

Ein 50 Jahre alter Kaufmann von hier, der seit Samstag vermählt worden war, wurde am Sonntag als Leiche aus dem Rhein gefischt. Wie aus einem Schreiben an seine Angehörigen hervorgeht, hat er unter dem Druck wirtschaftlicher Not freiwillig den Tod gesucht.

## Betrügerischer Geschäftsführer

Ein verheirateter Rechtsanwalt und Geschäftsführer einer Bau- und Aufbaugesellschaft G.m.b.H. aus Kettlingen wurde von der Gewerbebehörde vorläufig festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert, weil er im letzten halben Jahr in mehreren Fällen verlässliche Personen durch Vorspiegelung falscher und Unterdrückung wahrer Tatsachen, zur Herausgabe von Geldern veranlaßt und so eine noch unbekannte Anzahl von Bauwerkern um ihre eingezahlten Beträge schädigt hat. In zwei Fällen, die bekannt geworden sind, handelt es sich um Summen von 465 und 1200 Mark. Derselbe Täter wird sich dafür zu verantworten haben, daß er im August dieses Jahres zwei Wechsel im Betrag von 1250 Mark ausstellte, obwohl er wußte, daß keine Bedingung vorhanden war.

## Diebstähle

Am Samstag entwendete eine bis jetzt noch unbekannte Täterin in einem hiesigen Warenhaus ein Koffergrammophon im Wert von 38 M. — Mehrere Schüler wurden aus der Garderobe einer hiesigen Privatlehranstalt Kleidungsstücke und Geld gestohlen. — Einem Metzgermeister entwendete ein unbekannter Dieb von seinem im Städt. Schlachthof aufgestellten Kratzen eine Lederjacke im Wert von 60 Mark mit 2 Füllerdosen und einer Zulassungsbcheinigung für Kraftfahrzeuge. — Ein Fahrrad wurde gestohlen, ein anderes Fahrrad bereits aufgefunden.

## Großer Unfall

Ein verheirateter Landwirt aus Darlanden gelangt zur Anzeige, weil er in der Nacht zum Dienstag in dem öffentlichen Fernsprechhäuschen am Mühlburger Tor Unfall trieb, indem er längere Zeit den Hörer abnahm, die Telefonistin mit unflätigen Worten beleidigte und ihr drohte, daß er den „gansamen Käse“ zusammenhauen werde, wenn sie ihm nicht sofort die gewünschte Verbindung herstelle.

## Verbotene Flugblattverbreitung

In den Häusern von Durlach wurden gestern abend kommunistische Flugblätter verteilt. Die Polizei ist den Tätern auf der Spur.

# Gemeindepolitik

## Gemeindevahl in Detigheim

Am Sonntag fand in Detigheim die Gemeindevahl statt. Dieselbe war nötig geworden, insofern die durch Volksabstimmung herbeigeführte Auflösung des Bürgerausschusses, Wahlberechtigt waren 1605. Für die Gemeindevorstände wurden abgegeben 1361 und für die Gemeinderäte 1362 Stimmen. Die Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen:

Gemeindevorstand	Gemeinderäte	
Sozialdemokraten	417	424
Zentrum	384	391
NSDAP	218	207
Bürger und Zentrum	432	340

## Bürgerausschätzungen

### Eßlingen (Sitzung vom 13. Dezember)

Einem Hypothekendarlehen zugunsten der Gemeinde wird Zustimmung erteilt. — Vom Ratsschluß der Gemeindevahl auf 1. Dezember wird Kenntnis genommen. Danach betragen die Einnahmen 130 230,59, die Ausgaben 127 625,65 RM. — Da in unserer Gemeinde nur noch ein Kriegsveteran auf dem Kriege 1870 am Leben ist, welcher alljährlich in guten wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, kann das Schreiben des Badischen Kreisvereinsbundes unterzeichnet werden. — Zur Kenntnis genommen werden folgende Schreiben: Eine Verordnung des Statist. über Festsetzung der Ortsabgabe, Beschluß nicht gefaßt. — Unter Bezugnahme auf Verteilung der Mittel aus dem Reichsausgleichslohn eine beschränkte Verfügung, die Erhebung von Vermögenszinsen für rückständige Gemeindevetern betreffend. Beschluß: Benannter Verfügung ist für die Folge Rechnung zu tragen. — Ein neuerliches Schreiben des Badischen Kreisvereins wegen Renovierung der Schulfälle soll in der nächsten Ortsratssitzung Gegenstand der Erörterung sein. — Die seitige Zwangswohnungsstammungsfrage, welche den Gemeinderat sogar in einer am 8. d. M. stattgehabten Sonder Sitzung beschäftigte, kann auch heute umständlicher noch nicht endgültig erledigt werden. — Wünsche des Erwerbslosenausschusses sowie einige Bürgerwünsche sind Gegenstand der Beratung und Beschlußfassung. — Auf Anfragen sollen auch in diesem Jahre die Kleinrentenempfänger an Wohnstätten von der Gemeinde ein kleines Geschenk in Form einer Kerze erhalten. — Mit Dank wird Kenntnis genommen von einer Sitzung von 30 Zeitern des Vereins der Kohlenfirma C. Kaufmann-Karlsruhe zur Besichtigung der Kohlenwerke. Vielfach folgen andere diesem Beispiel nach. — Die auch für diesen Winter geplante Ratssitzung, d. h. Sammlungen für dieselbe, beschließt zum Schluß noch das Kollegium.

### Duppenau (Sitzung vom 10. Dezember)

Für die Weihnachtsgeschenke durch den Frauenverein wird wie in den bisherigen Jahren eine Naturalabgabe der Gemeinde zur Verfügung gestellt. — Albert Friedmann und Paul Waier werden zum Bürgerrechtsantritt zugelassen. — Wünsche um Ermäßigung und Stundung von Gemeindefällen werden verabschiedet. — Die Altveteranen und Witwen solcher sollen auch in diesem Jahre eine kleine Weihnachtsgabe erhalten. — Verschiedene Versicherungsverträge werden geändert. — Die Kündigung des Dienstverhältnisses wird gegenüber den Anstellten zurückgenommen, die sich mit der Vergütungsregelung einverstanden erklärt haben. — Die Gemeindefälle sollen für die bevorstehende allgemeine Überprüfung neue Prioritäten erhalten. Zur Freilegung der Grenzsteine durch die herrschende Feldinhaber ist aufzufordern. — Auf Einlegung des Rekurses gegen die Erteilung der Erlaubnis zur Haltung einer Quelle am Wäldersberg zur Bedienung der Wasserleitung durch die Gemeinde Duppensberg wird verzichtet, da von einem Vorgehen der Gemeinde allein noch kein Erfolg zu erwarten ist. — Einem Gesuche um Erlassung der Feuerwehrgabgabe kann nicht entsprochen werden.

## Gemeinderatsbeschlüsse

### Bodersweier

Am Samstag, den 5. Dezember fand im großen Rathausaal eine Bürgerausschätzung statt, welche auch von der Öffentlichkeit auf besucht war. Aus der Sitzung ist folgendes zu berichten. Punkt 1: Festschreibungsgebühren. Die Gebühr ist staatlich festgesetzt und beträgt für ein Stück Großvieh 2 M und für ein Stück Kleinvieh 1,50 M. Einkommensmäßige Annahme. Punkt 2: Grabverrechnungssätze. Dieselbe betrug 50 M bisher und wurde so belassen. Punkt 3: Vergütung der Gemeinderäte. Dieselbe betrug 60 M und wurde mit einer Stimme Mehrheit herabgesetzt auf 50 M. Punkt 4: Übernahme der Prioritätsbeiträge des Müllabwärters. Der Antrag wurde vorgeschlagen, die Priorität der Müllabwärtersbeiträge an die Gemeinde samt Zinsen ab Jahr 1924 zu übertragen, da die Gemeinde die Prioritätsbeiträge und Zinsen ab dem 1. d. M. 1924 übernehmen sollte. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Punkt 5: Freilegung der Weidener der Gemeindegrenzen und Bestimmung der Vorlage wurde wie folgt genehmigt: Ratsschreiber

bisher 2200, Abzug 16 Prozent = 348 M, bleibt 1848 M, Rechner bisher 1200, Abzug 5 Prozent = 60 M, bleibt 1140 M, Ratsschreiber bisher 1150, Abzug 5 Prozent = 57,50 M, bleibt 1092,50 M, Polizei bisher 1000, Abzug 5 Prozent = 50 M, bleibt 950 M, Fahrenwart bisher 1000 M, Abzug 5 Prozent = 50 M, bleibt 950 M, Feldwörter bisher 600, Abzug 5 Prozent = 30 M, bleibt 570 M, 1. Fortwart bisher 750, Abzug 5 Prozent = 37,50 M, bleibt 712,50 M, 2. Fortwart bisher 336, Abzug 5 Prozent = 16,80 M, bleibt 319,20 M. Punkt 6: Wahrung durch die Grenzlinie. Der bisherige Zustand wird beibehalten.

Die Tagung hat einen mächtigen Ausklang angenommen. Großer Sieg der Arbeiterbewegung. Die Gemeinderatsentscheidung pro Kopf 10 M herabgesetzt. Die Senkung der Umlage für das nächste Jahr ist dadurch sichergestellt. Aber nur unter Einwirkung des hiesigen Rates ist dies zu erreichen. D. ihr Vorkämpfer, glaubt ihr dadurch einmühtig zu sein? Ihr seid doch jedesmal, wenn Geistes Rinder ihr seid. Der Stimmen entfallen kann sich jeder danken. Ihr wißt doch, wie der Spruch heißt: Eure Rede ist ja, ja oder nein, nein usw. Erst rücksichtslose Sparsamkeit und sich dann der Stimme enthalten. Ja, was glaubt ihr denn? Weich der verehrte Bürgerausschuß nichts mehr vom Verputzungsabwahn, wie der Sprecher der Nazi sich ausdrückt: Vom Badenschatz 8700 M, Kopfpunkt 16 500 M. Vom Denkmal 3000 M. Wäre eine Geldtafel für 500 M nicht ebenso zu genehmigen? Vom Bodensatz für 15 Jahre im Voraus, vom Fischfang, von der elektrischen Anlage in Kehl, vom Lehm zur Verbesserung der Ortstraßen und von all den Sachen? Es scheint, daß der Geist bei vielen schon gelitten hat und deshalb: Was taubelt zu mich und die Weinen, denk an dich und die Weinen. Aber trotzdem ist die Parole der Nazi: Wir können es besser. Bei dieser Sorte Weltverbesserer kommt die Gemeindevahl immer mehr auf den Hund!

# Kleine bad. Chronik

## Straßenbahnkassierer durch Auto geädert

Heidelberg, 14. Dez. In der Bergheimer Straße wurde gestern abend der 30jährige Straßenbahnkassierer Friedrich Franz von einem aus dem Saargebiet kommenden Kraftwagen überfahren, als er gerade zur Tagesabrechnung ins Depot gehen wollte. Franz starb gleich nach dem Unfall. Der Autolenker war vielleicht aus Unkenntnis auf einem Straßenteil gefahren, der im allgemeinen nicht für den Fahrverkehr bestimmt ist.

## Der 16. Brand im Amtsbezirk Meßkirch

D3. Schwannheim, Amt Meßkirch, 14. Dez. Am Montag früh gegen 7 Uhr entstand auf bisher ungeklärte Ursache auf dem Gehöft im Anwesen des Landwirts Franz Kauer Strobel Feuer, das Wohnhaus und Scheuer sehr reich einäscherte. Die herbeigerufene Motorpomphe von Sietten a. R. brachte nicht mehr einzureisfen, da bei dem ruhigen Wetter keine Gefahr für die Nachbargebäude bestand und das Anwesen schon in sich zusammengefallen war. Der größte Teil des Inventars verbrannte. Das Vieh konnte errettet werden. Der Gebäudeschaden beträgt 6000 M, der Sachschaden 3000 bis 4000 M. Die Annahme der Orsienwobner, daß Kurschluß die Ursache des Brandes sei, dürfte dadurch hinfällig werden, daß das elektrische Licht offensichtlich während des Brandes intakt war.

## Bewegener Einbruch im Pfarrhaus Ottenau

D3. Ottenau (Amt Kallst.), 14. Dez. Am Sonntag nachmittag wurde während der Abwesenheit des Deans Bogt (er war bei der Patrosinienfeier im Löwenaal) im Pfarrhause eingebrochen. Die Täter drangen durch das Küchenfenster ein und durchsuchten sämtliche Zimmer, erbeuteten aber nur einige Mark. Unter dem dringenden Verdacht, den Einbruch verübt zu haben, hat die Gendarmerie bereits in der folgenden Nacht zwei junge Burshen verhaftet. Die Täter hatten es vermerkt auf das im Pfarrhaus aufbewahrte Opfergeld abgehoben.

## Ueberfallen und schwer verletzt

Freiburg i. Br., 14. Dez. Am 12. d. M. abends gegen halb 10 Uhr wurde ein verheirateter Gießer von hier beim Verlassen der Wirtschaft zum „Reichshaus“ in der Belfortstraße von mehreren Personen überfallen und zu Boden geschlagen, so daß er mit mehreren Kopfverletzungen und einem Schädelbruch in die Chirurgische Klinik verbracht werden mußte. Untersuchung ist eingeleitet.

Billingen. Wie die Staatspolizei berichtet, wurde ein Aktionator verhaftet und ins Bezirksgefängnis eingeliefert, der dringend verdächtig ist, in den letzten Monaten in der Saar und auf dem Schwarzwald vornehmlich Brände zum Teil selbst zu haben.

Reichsbahn-Freizeit-Verbilligung für ganz Deutschland. Die Reichsbahn hat beschlossen, für den Weihnachtsverkehr eine allgem. nicht rückfahrkartengenehmigung zu erteilen. Es sollen nicht nur Rückfahrkarten mit 33% Prozent Ermäßigung für die Hin- und Rückfahrt nach den Sonntagsrückfahrkartensystemen, sondern auch Direktionsbezirke ausgedehnt werden, sondern auch nach allen Stationen der Deutschen Reichsbahn, die zu den anderen Reichsbahn-Direktionsbezirken gehören, so daß man z. B. von Berlin mit der billigen Rückfahrkarte über die Ostsee fahren kann. Alle Reisehelfer, die Fahrpläne für alle Orte in Deutschland, die mit einer billigen Rückfahrkarte zu erreichen sind, Fahrkarten ausstellen. Die Fahrkarten gelten vom 23. Dezember, 12 Uhr mittags, bis zum 4. Januar 1932, 9 Uhr vormittags.

## Ein Siedlungsverein in Forchheim

In Forchheim sind die Bestrebungen der vorstädtlichen Arbeitslosenbildung ebenfalls auf fruchtbaren Boden gefallen. Schon vor zwei Monaten hat sich hier ein gemeinnütziger Verein für landwirtschaftliche Arbeitsloseneinweisung und Bodenreform gebildet. Der Verein stellt sich u. a. die Aufgabe, auf einem Gelände gegenüber dem Labortor vorerst 9 Arbeitslose der Gemeinde anzusiedeln und diesen durch Hütern und Kaninchenhaltung, durch Anbau von Beerenobst, Gemüse und Tabak auf dem Reichshaus zum „Schwamm“ am 8. Dezember hielt der Verein im Reichshaus eine erste öffentliche Versammlung ab, die von etwa 50 Interessenten, darunter Vertretern der Gemeindegewerkschaft und der Lehrerschaft, besucht war. Diplomvolkswirt C. H. gab einen Bericht über die bisher von der Vereinsverwaltung geleistete Vorarbeit und deren Erfolg und verbreitete sich dann an Hand einer ausgearbeiteten Denkschrift über die rechtlichen Grundlagen und besonders über die Rentabilität des Unternehmens. Nach ihm sprach Kennenmacher und jetzt Obstaumwart Klein aus seinem reichen Sachwissen und aus praktischen Erfahrungen über den Obstbau innerhalb des Projektes und die Möglichkeiten der Ertragssteigerung der bereits vorhandenen Obstbäume der Gemeinde. Große Schwierigkeiten bereitet noch, da es sich um Allmend handelt, die Veräußerung des Landes, ferner die Finanzierung der zunächst wichtigsten Produktion. Letztere gestaltet sich hier besonders schwierig, weil nach den Ausführungsbestimmungen die vom Reich her bereit gestellten Mittel in erster Linie auf die Großstädte und Industriegebiete unterverteilt werden sollen. Jedoch ist es der Vereinsleitung gelungen, die höheren autonomen Behörden für das Projekt zu interessieren, so daß die Schwierigkeiten zur Zeit in der Gemeinde selbst liegen. Soll die Siedlungsarbeit, abgesehen von Schrebergärten, auch in Baden gelingen, so kommt man, was die wenigsten Siedlungspläne tun, nicht darum herum, die Frage nach der Rentabilität der kleinbäuerlichen Produktion und Betriebe aufzuwerfen. Der hiesige Verein sucht diese Frage durch Umstellung auf landwirtschaftliche Erzeugung zu beantworten und kann auf diesem Gebiet mit ausgearbeiteten Wirtschaftsplänen dienen.

Sollen wir, daß den Arbeiten des Vereins, wenn auch nur im Rahmen einer Landgemeinde, wo jedoch die Arbeitslosigkeit — von

der chronischen Notlage der Kleinlandwirtschaft ganz zu schweigen — auch groß ist, ein greifbarer Erfolg beschaffen sei und somit ein Beitrag zur Lösung unseres innerpolitischen Zentralproblems der Arbeitslosigkeit geleistet werde.

## Schneebericht

### Amtlicher Schneebericht vom 15. Dezember 1931

(Die gemeldeten Schneeverhältnisse beziehen sich auf das Schmelzgebiet bei den Winterporträgen.)  
Feldberg-Popplation: Steier, plus 1 Grad, 10 Zentimeter Schneehöhe, Pulver, nur Schmelz.  
Hinterarten: Bewölkt, minus 2 Grad, 8 Zentimeter Schneehöhe, verhascht, Schmelz und Rodel mäßig.  
Tiffsee: Bewölkt, 0 Grad, 10 Zentimeter Schneehöhe, verhascht, Schmelz und Eisbahn gut.  
Kofschnee: Trockener Nebel, minus 5 Grad, 20 Zentimeter Schneehöhe, Pulver, Schmelzlicht.  
Schauinsland: Bewölkt, minus 3 Grad, 20 Zentimeter Schneehöhe, Pulver, Schmelz und Rodel gut.  
St. Margen: Trockener Nebel, minus 4 Grad, 15 Zentimeter Schneehöhe, verhascht, Schmelz und Rodel gut.  
Schönwald: Steier, minus 2 Grad, 15 Zentimeter Schneehöhe, verhascht, Schmelzlicht, Rodel gut.  
Tribena: Bewölkt, plus 4 Grad, kühlenhafte Schneedecke, Eisbahn mäßig.  
Kubelstein: Trockener Nebel, minus 3 Grad, 30 Zentimeter Schneehöhe, Frostschnee, Schmelz mäßig.  
Untermarkt: Trockener Nebel, minus 2 Grad, 20 Zentimeter Schneehöhe, verhascht, Schmelz und Rodel mäßig.  
Wälder Höhe-Pfäfers: Bewölkt, minus 1 Grad, 3 Zentimeter Schneehöhe, vereist, Rodel mäßig.

## Vorläufige Wettervorhersage

### der Badischen Landeswetterwarte

Ueber Island und England ist gestern eine neue Zirkone herangezogen und heute über Schweden angefanen. Unter ihrem Einfluß haben die Winde bei uns aus West etwas aufgeföhrt. Im Ubrigen ist das Wetter in tiefen und mittleren Lagen neblig-trüb geblieben. Nur der Hochschwarzwald ragt über die Nebeldecke hinaus.

Die Wetterlage stellt für die nächste Zeit wieder Westwetter in Aussicht.  
Wetterausichten für Mittwoch, den 16. Dezember 1931: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

## Wasserstand des Rheins

Basel 5; Waldshut 199, gef. 4; Schusterinsel 57, gef. 3; Rebl 212, gef. 4; Maxau 389, gef. 9; Mannheim 271, gef. 20 Zim.

## Konzerte

### Kolisch-Quartett

Man sollte eigentlich den vier Künstlern des Kolisch-Quartetts etwas anerkennen, denn sie vertragen an ihrem Abend ein modernes Werk aufzuführen. Allerdings sind sie nicht schuld, daß dies unterblieben ist. Die Modernen stehen sich selbst im Wege, denn ihre Verleger sind auf den kaufmännisch sichersten genialen Gedanken gekommen, für jede Aufführung eines modernen Werkes eine ganz erhebliche Summe zu fordern. Da sich diese Forderung in der heutigen Zeit rechtfertigen läßt, ist fast zu bewundern, daß die Verleger dem Kolisch-Quartett dankbar ist, wenn es für die Moderne Propaganda macht, verlangt er von ihm noch sekundäre Opfer! In den Kolisch-Quartett bewundert man neben ihrer fabelhaften Virtuosität vor allem ihre Gedächtniskraft. Besonders die der Vertreter der „Nebeninstrumente“. Sie spielen bekanntlich auswendig. Keiner der Künstler leidet an Gedächtnisschwäche. Ihr Spiel ist samtlich abgemessen, es ist routiniert, daher ist es nur an wenigen Stellen großzügig, es hat viel Süße. Man spürt, daß die Künstler nicht die Absicht haben bei Brahms (Woll) oder bei Beethoven (opus 59, I) irgend wie die Architektur der Werke klar zu legen, sondern ihre ganz intime, sensible Kunst in den Dienst eines weichen Wohlklanges zu stellen, um damit das Ohr des Hörers zu betören. Die gegenläufige Abstraktion des Klangcharakters ist so weit abgeklungen, daß man manchmal meint, es würde ein vielstimmiges Instrument überhaupt nur von einem Bogen gezerrt. Diese Wohlklanglichkeit ist das Hauptcharakteristikum des Kolisch-Quartetts. Bei Beethoven und bei den Schülern von Brahms schließt die Größe der Darbietung, die Kraft, die Verbundenheit, das feinfühligste Können, Charaktereigenschaften, die man in dem Lande aus dem die Künstler kommen, weniger kennt. Der Beifall war so stark, daß sich das Quartett zu einer Dreieinigkeit verabschieden mußte.

4. Sinfoniekonzert des Badischen Kammerorchesters. In der jüngeren Cellisten-Generation nimmt G. Pielhorst, der Solist des vierten Sinfoniekonzerts am kommenden Mittwoch, 16. Dezember, einen besonders hohen Platz ein; vor allem seit seiner ständigen Mitwirkung bei den Baden-Badener Kammermusikfesten ist sein Ruf weitverbreitet und sein Name auch auf internationalen Programmen eine beliebte Attraktion geworden. Den Karlsruhe'ern Musikfreunden ist nun zwar der Künstler kein ganz unbekannter mehr, aber vielleicht gerade deshalb werden sie seinem Wiederauftreten (bismal in Haydn's Sinfonien) mit umso größerem Interesse entgegengehen. Der Abend, waleich der Abschluß der ersten Sinfonienreihe, bringt an Orchesterwerken unter der Leitung von Rudolf Schwarz eingangs eine „Kleine Serenade“ (A-Dur, Op. 18) von Brahms und als Ausklang eine der hochromantischsten aller Schöpfungen, nämlich Schumanns 3. Sinfonie (Es-Dur) zur Aufführung.

## Veranstaltungen

Kolossentheater. Auf die heute Abend 8 Uhr stattfindende Abschlußvorstellung der besten Bühnenkomiker Gähm und Wehloer wird hierdurch nochmals besonders aufmerksam gemacht. Der große Badische Wehloer, der in „Der Knecht“ und „Die 12 Tische“ das Beste gab, hat sich jetzt dem Kolosseum wiederum ein großes Stück bringen. Durch die vollständigen Eintrittspreise hat Jedermann Gelegenheit sich einen vergnügten Abend zu verschaffen. Zur Vorbereitung des großen internationalen Weihnachts-Variete-Programms bleibt das Theater vom 16. bis mit 24. Dezember geschlossen. Wiederbeginn der Vorstellungen am 25. Dezember (1. Feiertag).

## Tageskalender

der Sozialdem. Partei Karlsruhe

## Bezirk Mittel- und Südbadisch

Mittwoch, den 16. Dezember, abends Punkt 8 Uhr in der „Garnisonshalle“ wichtige Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Die 4. Rotberordnung und ihre Auswirkung für die Arbeitnehmers.“ Referent Gen. Karl Wöhringer. Pünktliches Erscheinen erwünscht.

## Vereinsanzeiger

Karlsruhe.  
Naturfreunde. Bitte Stl abholen. 8906  
Im Zeichen der Rotberordnung ist das bekannte Lustplatzhaus Mühlheim, Kallertstraße 125/27 auch wieder daran. Diese Firma bringt in ihrem großen, hübschen Weihnachtsverkauf ihr geordnetes Lager der besten Marken „Dorfalpin“-Güter, deren festlicher Preis bisher RM. 23.— und 30.— war und jetzt RM. 26.— ist, in 5 Sorten zum Verkauf zum Preise von RM. 6.—, 12.—, 14.—, 16.—, 18.—. Diese festliche Kauflegenheit, welche für den Weihnachtsfestabend bestens empfohlen werden kann, sollte niemand veräumen. 8901



